

Demographischer Wandel

im
Alb-Donau-Kreis

2008



2025

Der Bericht „Demograpischer Wandel“ wurde am 22. September 2008 im Kreistag beraten und empfohlen.

Impressum

Herausgeber: Landratsamt Alb-Donau-Kreis, © 10/2008
Redaktion: Josef Barabeisch, Hans-Jürgen Brendle, Bernd Weltin
Text: Fachdienste des Landratsamts; ADK GmbH für Gesundheit und Soziales
Grafik, Layout und Satz: Johannes Kiefer
Bilder: Landratsamt Alb-Donau-Kreis

Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages!

Der Bericht über die demographische Entwicklung im Alb-Donau-Kreis greift Initiativen aus der Mitte des Kreistages auf. Wir wollen mit diesem Bericht eine in die Zukunft gerichtete Arbeits- und Diskussionsgrundlage liefern.

Dreh- und Angelpunkt ist die Bevölkerungsentwicklung:

Von der Anzahl her wird die Bevölkerung des Alb-Donau-Kreises im Jahr 2025, nach den aktuellen Prognosen, auf dem Niveau von heute sein. Grundlegende Veränderungen gibt es allerdings bei der Altersstruktur. Die Zahl der älteren Menschen (65 Jahre und älter) steigt um fast 36 Prozent, die der über 85-Jährigen sogar um mehr als 130 Prozent. Die Zahl der Menschen unter 65 wird um 7 Prozent sinken, die der Kinder bis sechs Jahre sogar um knapp 13 Prozent!

Aus diesen Verschiebungen ergeben sich Aufgabenstellungen und Folgerungen für viele Bereiche, in denen auch der Landkreis und seine Gremien – vor allem der Kreistag – mitentscheiden können und müssen.

- Von zentraler Bedeutung sind Initiativen und Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Dieser Herausforderung stellen wir uns auch in der Kreisverwaltung selbst mit familienfreundlichen Akzenten bei den Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (siehe Beschlussvorlage Verwaltungsausschuss vom 14. April 2008).
- Auf gutem Weg sind wir bei den Pflegeheimen im Landkreis, wo wir Versorgungslücken schließen konnten und weitere Pflegeplätze in der Planung sind.
- Unsere Kreiskrankenhäuser müssen sich weiter auf steigende Fallzahlen in einzelnen medizinischen Bereichen einstellen, vor allem bei der Inneren Medizin. Mit den Gesundheitszentren sind wir auf dem richtigen Weg.
- Auch die Situation des Arbeitsmarktes und der regionalen Wirtschaft ist ein wichtiges Thema. Die voraussichtlich stagnierende Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten kann kein Ruhekitzel sein. Der Landkreis wird seine Wirtschafts- und Tourismusförderung immer wieder aktuellen Entwicklungen anpassen müssen – natürlich in Kooperation mit regionalen Einrichtungen wie Kammern und Innovationsregion.
- Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung werden auch beim Wohnungsbau, beim öffentlichen Nahverkehr sowie der Schülerbeförderung spürbar. Auch hier gibt es Handlungsbedarf.

Für alle diese und weitere Themen liefert der Bericht über den demographischen Wandel im Alb-Donau-Kreis wichtige Hintergrundinformationen und er zeigt auch Handlungsempfehlungen auf. Für die künftige Kreispolitik lassen sich daraus wertvolle Schlussfolgerungen ziehen. Der Bericht zeigt auf, wo wir gut sind, wo wir noch besser werden können und wo wir auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren müssen.



Heinz Seiffert
Landrat

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bevölkerungsentwicklung im Alb-Donau-Kreis (ADK)	5
Bauen und Wohnen	9
Familie, Kinder und Jugendliche	12
Kindertagesbetreuung	14
Erwerbspotential (Arbeitslose, „Hartz IV“-Empfänger)	16
Altenhilfe	18
Menschen mit Behinderungen	21
Migration	24
Allgemein bildende Schulen	27
Berufliche Schulen des ADK	29
ADK GmbH für Gesundheit und Soziales	31
Öffentlicher Gesundheitsdienst	35
Wirtschaftliche Entwicklung	37
Erwerbspersonen und Arbeitsplätze	38
Gewerbliche Existenzgründungen	40
Landwirtschaft	41
Freizeit und Tourismus	44
Mobilität	46
Straßen	48
ÖPNV und Schülerbeförderung	50

Bevölkerungsentwicklung im Alb-Donau-Kreis (ADK)

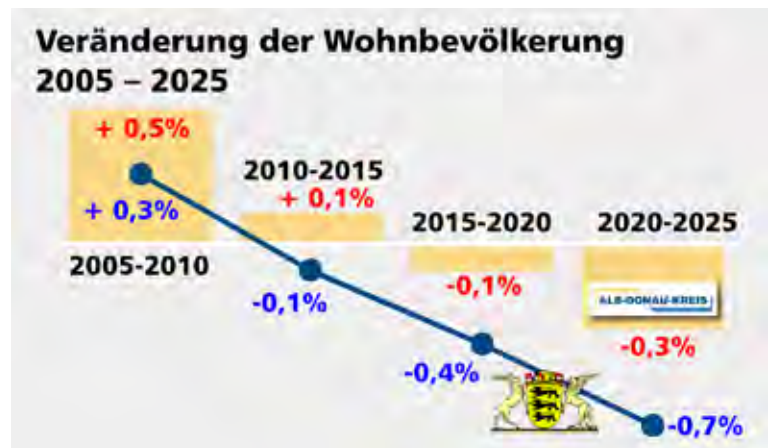
Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung bildet die Prognose des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für das Jahr 2025 auf Basis des Jahres 2005. Dabei wurden folgende Annahmen zu Grunde gelegt:

- Konstantes Geburtenniveau
- Leichter Wanderungsgewinn
- Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters bis 2025 um drei Jahre.

Bis 2015 ist noch mit einem leichten Anstieg der Gesamtbevölkerung des ADK zu rechnen, bis 2025 sinkt sie voraussichtlich wieder auf heutiges Niveau ab. Der Bevölkerungsrückgang ist allerdings weniger stark als im Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg.

Bis ins Jahr 2025 finden sich Bevölkerungsgewinne wie auch -verluste unter den Kreisgemeinden aller Größenstufen ohne räumlich erkennbares Muster.

Die Bevölkerungsgewinne größerer Gemeinden sind jedoch überwiegend die Folge der anhaltenden Zuwanderung. Kleinere Gemeinden weisen dagegen noch überdurchschnittliche Geburtenzahlen auf.



Altersstruktur

Bei nahezu gleicher Bevölkerungszahl bis 2025 wird sich die Altersstruktur im ADK voraussichtlich grundlegend ändern:

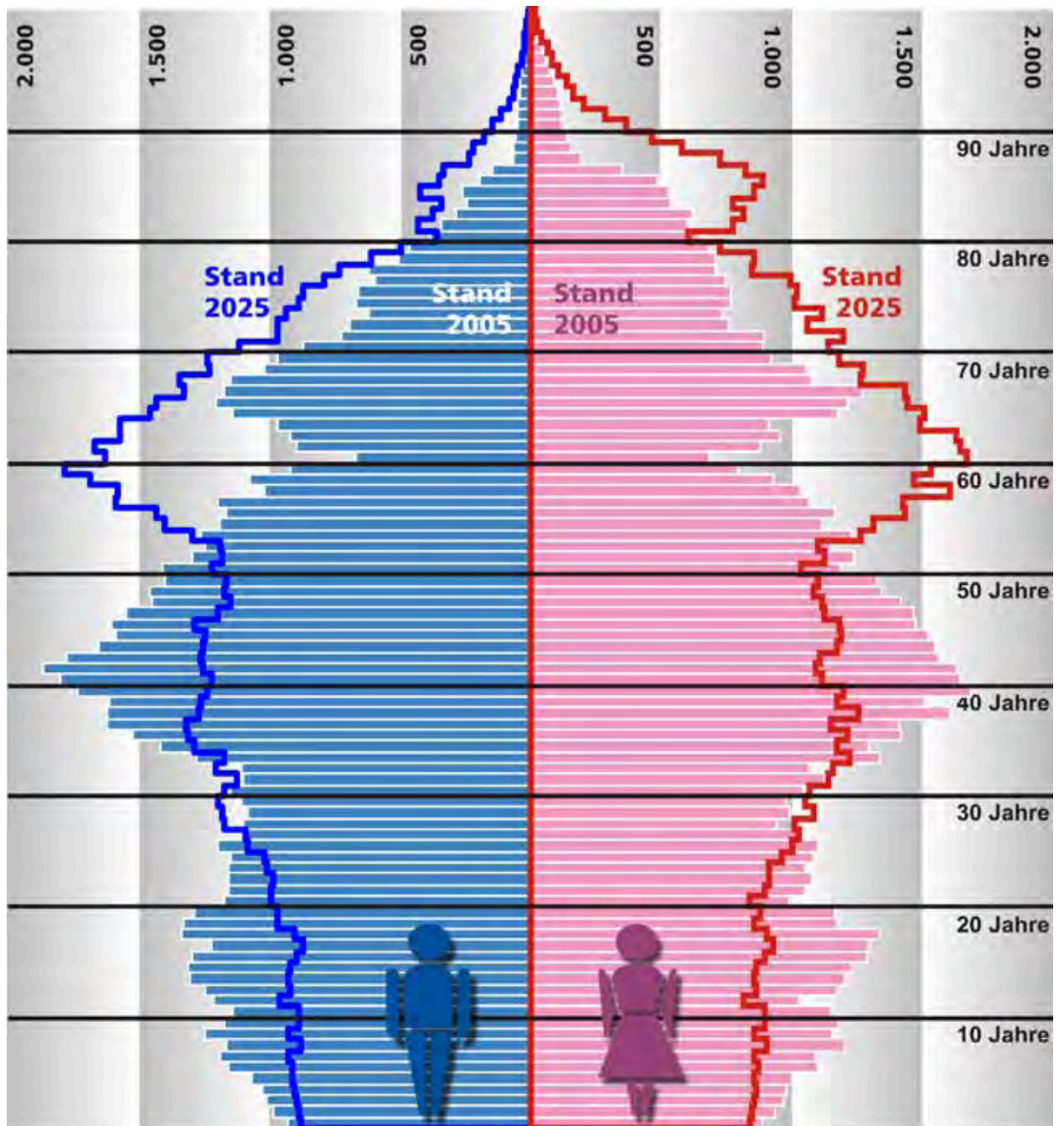
- Die Anzahl der Kleinkinder (bis zum vollendeten 6. Lebensjahr) geht von 12.000 im Jahr 2005 um 12,7 Prozent auf rund 10.500 im Jahr 2025 zurück.
- Besonders hohe Rückgänge von 25,0 Prozent werden bei den schulpflichtigen Kindern (6 bis unter 15 Jahre) und von 26,6 Prozent bei den Teenagern (15 bis unter 20 Jahre) erwartet. Die Zahl der 14- bis 17-Jährigen sinkt bis 2025 sogar um über 30 Prozent. Der Anteil 6- bis 19-Jährigen an der Gesamtbevölkerung des Kreises sinkt dabei von heute 19 Prozent auf etwa 14 Prozent ab.

- Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) steigt bis ins Jahr 2015 um über 1.700 Personen (plus 1,7 Prozent) an und sinkt dann bis 2025 deutlich unter das heutige Niveau ab (minus 8,7 Prozent). Das Durchschnittsalter der Erwerbspersonen steigt erheblich an.
- Die Zahl der Personen im Alter von 20 bis unter 50 Jahren sinkt um 15,4 Prozent (bzw. 12.304 Personen) auf rund 67.800 ab, während die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen von rund 31.800 Personen auf rund 43.400 Personen steigt (plus 36,4 Prozent).
- Die Zahl der über 64-Jährigen steigt von 32.400 im Jahr 2005 um plus 35,8 Prozent auf rund 44.000 Senioren im Jahr 2025; der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung steigt somit von heute 17 Prozent auf über 23 Prozent im Jahr 2025. Die Zahl der Hochbetagten über 85 Jahre wird sich von unter 3.000 auf voraussichtlich über 6.800 Personen mehr als verdoppeln.
- Das erwartete Bevölkerungsplus bis 2015 kommt nicht dadurch zustande, dass ausreichend Kinder geboren werden, sondern dadurch, dass die Senioren deutlich älter werden.
- Im Vergleich zum Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg wird voraussichtlich der Anteil der schulpflichtigen Kinder im ADK schneller abnehmen und dagegen der Anteil der älteren Kreisbewohner deutlicher ansteigen. Damit „durchlebt“ der Landkreis eine Entwicklung, die in großen Städten bereits früher zu beobachten war. Dennoch bleibt der ADK weiterhin ein vergleichsweise „jüngerer“ Landkreis mit einem Durchschnittsalter von 45,2 Jahren im Jahr 2025 (Landesdurchschnitt 45,9 Jahre).

Bevölkerung im Alb-Donau-Kreis 2005 bis 2025

im Alter von ...	2005	2015	2025	Alb-Donau-Kreis 2005-2025	Ba-Wü 2005-2025
unter 5 Jahren	9.752	8.820	8.707	-10,7 Prozent	-11,0 Prozent
5 bis 9 Jahren	11.613	8.886	8.888	-23,5 Prozent	-20,3 Prozent
10 bis 14 Jahren	11.956	9.751	8.877	-25,8 Prozent	-23,7 Prozent
15 bis 19 Jahren	12.665	11.479	9.044	-28,6 Prozent	-25,1 Prozent
20 bis 24 Jahren	11.000	11.286	9.492	-13,7 Prozent	-14,2 Prozent
25 bis 29 Jahren	10.587	11.735	10.854	2,5 Prozent	-0,4 Prozent
30 bis 34 Jahren	11.872	11.481	11.671	-1,7 Prozent	-1,0 Prozent
35 bis 39 Jahren	15.677	11.333	12.352	-21,2 Prozent	-22,1 Prozent
40 bis 44 Jahren	16.509	12.136	11.873	-28,1 Prozent	-29,7 Prozent
45 bis 49 Jahren	14.430	15.845	11.529	-20,1 Prozent	-21,6 Prozent
50 bis 54 Jahren	12.282	16.471	12.084	-1,6 Prozent	-4,4 Prozent
55 bis 59 Jahren	10.323	14.117	15.483	50,0 Prozent	40,7 Prozent
60 bis 64 Jahren	9.165	11.679	15.781	72,2 Prozent	54,0 Prozent
65 bis 69 Jahren	11.005	9.549	13.123	19,2 Prozent	11,7 Prozent
70 bis 74 Jahren	7.595	8.108	10.367	36,5 Prozent	26,5 Prozent
75 bis 79 Jahren	6.424	8.920	7.904	23,0 Prozent	22,6 Prozent
80 bis 84 Jahren	4.428	5.216	5.722	29,2 Prozent	30,1 Prozent
über 84 Jahren	2.950	4.682	6.882	133,3 Prozent	114,6 Prozent
Insgesamt	190.233	191.494	190.633	0,2 Prozent	-1,0 Prozent

Bevölkerung im Alb-Donau-Kreis
nach Altersjahren 2005 – 2025



Geburten

Die zunehmende Alterung der Bevölkerung im ADK schlägt sich auch in weiter sinkenden Geburtenzahlen bis 2025 nieder. Während im Jahr 2006 ein Geburtenüberschuss von 146 Personen zu verzeichnen war, wird im Jahr 2025 bei 1.709 Geburten und 1.880 Sterbefällen ein Sterbeüberschuss von 170 Personen pro Jahr eintreten.

Übrigens lag der ADK im Jahr 2005 mit einer Geburtenrate von 1,48 Geburten je Frau im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 49 Jahren landesweit in der Spitzengruppe. (Stadt Ulm: 1,37; Landkreis BC: 1,48; Land Baden-Württemberg: 1,36).

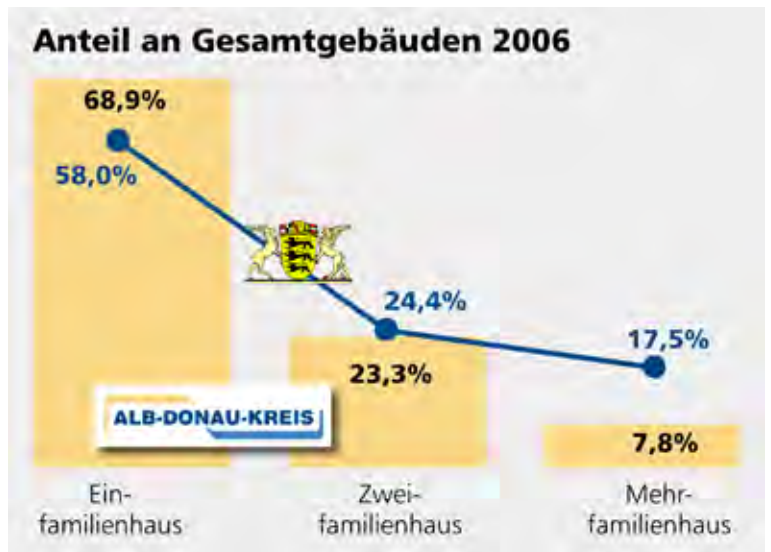
Bauen und Wohnen

Aktuelle Situation

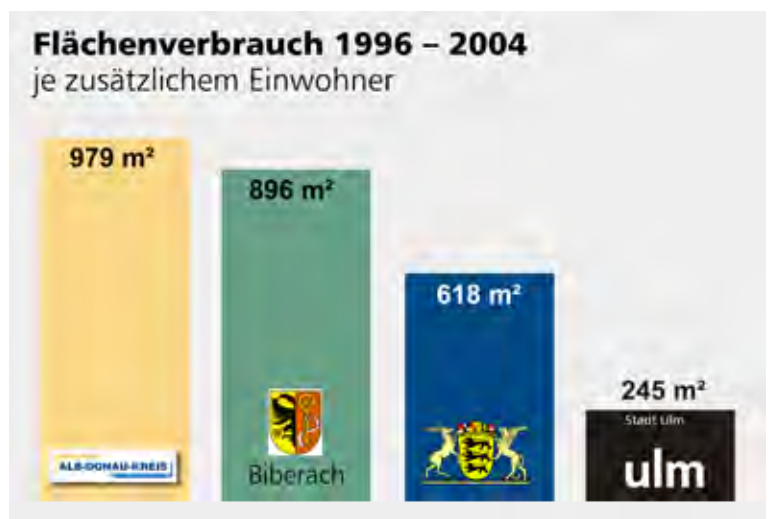
Der Wohnungsbestand im ADK stieg in den letzten 20 Jahren (seit 1986) um 36,4 Prozent überdurchschnittlich an (Baden-Württemberg plus 28,7 Prozent). Dabei wurden seit 1988 im ADK 1.702 ha neu überbaut, die Gebäudefläche (einschl. Freiflächen) stieg dabei um 34,4 Prozent (im Vergleich Baden-Württemberg nur plus 19,5 Prozent).



Der Anteil an Einfamilienhäusern ist im ADK mit knapp 69 Prozent deutlich höher als im Landesdurchschnitt (58 Prozent). Nachdem der Anteil der Einfamilienhäuser am Gebäudebestand jahrelang zurückging, steigt deren Anteil seit 1998 wieder leicht an – im Landkreis wie im Land. Das Einfamilienhaus ist mehr denn je die vorherrschende Bauform im ländlichen Raum.



Obwohl bei der Fortschreibung der Flächennutzungspläne der Kommunen im ADK verstärkt auf einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden geachtet wurde, konnte der weitere Flächenverbrauch nicht nachhaltig gebremst werden. Von 1996 bis 2004 wurden im ADK für jeden zusätzlichen Einwohner im Mittel 979m² Gebäudefläche neu beansprucht (im Land waren dies 618m²). Dieser gestiegene Flächenverbrauch ist auch ein Ergebnis der steigenden Nachfrage nach Gewerbeflächen im ADK.



Ausblick und Tendenzen

Das Statistische Landesamt hat für den ADK bis zum Jahr 2025 einen voraussichtlichen Wohnungsbedarf von 8.500 Wohnungen (plus 10,9 Prozent) prognostiziert, während der Bedarf im Landesdurchschnitt nur bei einem Zuwachs von 9,3 Prozent liegt.

Die bauliche Entwicklung wird sich bei einem allgemeinen Bevölkerungsrückgang zukünftig stärker auf Gemeinden konzentrieren, die günstige Strukturen am Ort aufzuweisen haben wie:

- Ortsnahe Arbeitsplätze
- Vielfalt an Bildungsstätten (weiterführende Schulen, Kindertagesstätten)
- Günstige Verkehrsanbindung
- Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Altenpflege
- Versorgungseinrichtungen des täglichen und des überörtlichen Bedarfs (Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen etc.)
- Kulturelles Angebot
- Nähe zu Naherholungsgebieten und -einrichtungen
- gute Wohnumfeldqualität.

In diesem verschärften Wettbewerb um Einwohner und Gewerbeansiedlungen haben größere zentrale Orte und Orte an Entwicklungsachsen gegenüber dem peripheren ländlichen Raum deutliche Standortvorteile, die künftig über das bloße Angebot von billigem Bauland nicht auszugleichen sein werden. Durch diese Konzentrationsprozesse wird die Vorhaltung ausreichender Infrastruktur auf dem Land bei abnehmender Auslastung zunehmend schwieriger. Diese Entwicklung wird dadurch beschleunigt, dass voraussichtlich junge Bevölkerungsschichten aus den kleineren Gemeinden im ländlichen Raum verstärkt abwandern werden.

Wohnungsbedarf im Alb-Donau-Kreis und in den benachbarten Kreisen 2005–2025

	Bedarf an Wohnungen
Landkreis Biberach	11,9 Prozent
Stadt Ulm	11,7 Prozent
Alb-Donau-Kreis	10,9 Prozent
Baden-Württemberg	9,3 Prozent
Landkreis Reutlingen	8,9 Prozent
Landkreis Göppingen	7,9 Prozent
Landkreis Heidenheim	6,0 Prozent

Entwicklung der Baulandpreise

Ein wichtiger Grund für den Trend, wonach die ländlich geprägten Räume im Vergleich zu den Verdichtungsräumen an Attraktivität verloren haben, dürfte die Entwicklung der Baulandpreise sein: Allein zwischen den Jahren 2000 und 2003 hat hier der Quadratmeterpreis für baureifes Land um 17 Prozent zugenommen – landesweit waren es nur 9 Prozent. Das Preisniveau liegt damit zwar im ländlichen Raum immer noch deutlich unter dem vor allem der Verdichtungsräume – der Preisunterschied und damit der Anreiz, der vor allem Familien zum Wegzug in die ländlichen Gebiete bewegt hat, ist aber geringer geworden.

Quelle: Statistisches Landesamt

Bewertung

Vom Bauboom zur Sanierung

Die statistischen Vorausberechnungen belegen, dass nach 2025 in einigen Orten im ADK nur noch der Ersatzbedarf für marode Bausubstanz, Umnutzungen oder Abrisse zu befriedigen sein wird. Die nach 2015 abnehmende Bevölkerung wird dort den angenommenen Wohnungsbedarf in einen Wohnungsüberschuss umkehren.

Familie, Kinder und Jugendliche

Aktuelle Situation

Wie sich Jugendhilfe im Zuge des demografischen Wandels entwickeln wird, lässt sich leichter prognostizieren, wenn man einen Blick auf die bisherige Entwicklung wirft. Obwohl die Zahl junger Menschen im Landkreis in den letzten zehn Jahren nur noch unbedeutend gestiegen ist, haben die Fallzahlen in der Jugendhilfe zugenommen. Dies geschah besonders im ambulanten Bereich, der im Sinne einer vorbeugenden Jugendhilfe und des Kinderschutzes besonders gefördert wurde (anstatt Heimunterbringung).

Ursache dieser Entwicklung sind im Laufe der Jahrzehnte gewandelte Familienstrukturen, die erheblichen Einfluss auf die Inanspruchnahme von erzieherischen Hilfen haben, insbesondere durch

- Alleinerziehung,
- Anzahl der Kinder nach Trennung und Scheidung und
- geringes Familieneinkommen.

Ausblick und Tendenzen

Von Scheidung betroffene Kinder und Kinder von allein Erziehenden stellen den größten Anteil bei den Hilfen zur Erziehung. Exemplarisch zeigt die nachfolgende Übersicht die Entwicklung des Scheidungsgeschehens im ADK. Während die Zahl der Eheschließungen sinkt, steigt die Zahl der Ehescheidungen bis zur Mitte dieses Jahrzehnts.

Eheschließungen und Scheidungen im ADK seit 1991

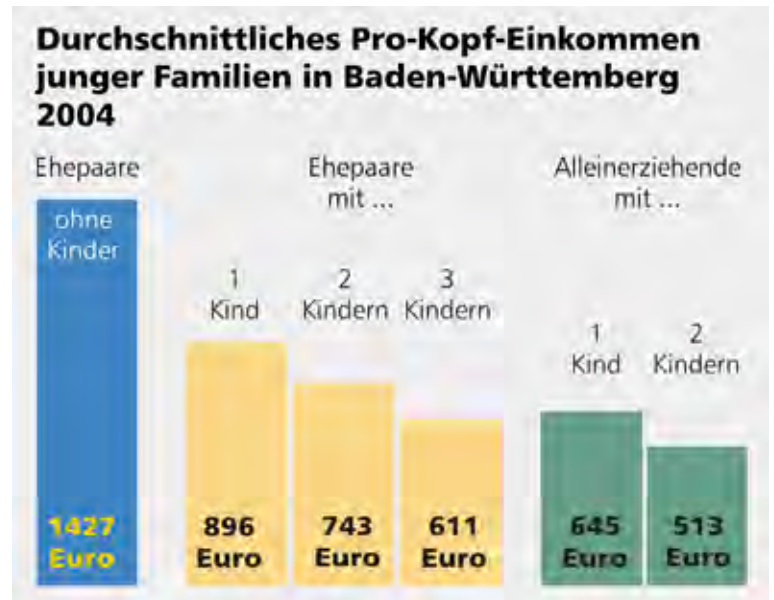
	1995	1999	2004	2006
Eheschließungen	918	870	783	780
Ehescheidungen	281	351	418	341
von Scheidung betroffene Kinder	265	329	431	323

Am Beispiel der Sozialpädagogischen Familienhilfe, der am meisten in Anspruch genommenen erzieherischen Hilfeart im ADK, zeigt sich die Wechselwirkung von Familiensituation und Bedarf an erzieherischen Hilfen.

Junge Menschen im ADK, deren Familien sozialpädagogische Familienhilfe erhalten, leben bei

	1995	In %	2000	In %	2006	In %
einem allein erziehenden Elternteil	9	35	16	37	59	49
den Eltern	11	42	21	49	47	39
einem Elternteil mit Stiefeltern- teil/Partner	6	23	5	12	12	10
Großeltern, Verwandten, Pflegefamilien	0	0	1	2	2	2
Insgesamt	26	100	43	100	120	100

Kinder haben wesentlichen Einfluss auf das Einkommen von Familien. Je höher die Kinderzahl, desto geringer das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in jungen Familien. Am geringsten ist das Einkommen bei den allein Erziehenden. Untersuchungen des Landesjugendamtes belegen, dass niedriges Einkommen, etwa durch Arbeitslosigkeit, fehlende Berufsqualifikation oder nach einer Scheidung, bedeutsame Einflussfaktoren in der Jugendhilfe sind.



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Bewertung und Handlungsempfehlungen

- Frühe Hilfen für die risikobehafteten Zielgruppen zur Förderung einer gesunden Entwicklung.
- Optimierung des Kinderschutzes durch Schaffung und Pflege eines Netzwerkes für das früheste Kindesalter (Beratung bei Problemschwangerschaften, Hebammen, Geburtskliniken, niedergelassene Ärzte der Fachrichtungen Gynäkologie, Kinder und Jugendliche, Psychiatrie sowie Kinderkliniken).
- Beratende Unterstützung der Gemeinden beim Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.
- Stärkeres Engagement der Wirtschaft (z. B. für Betriebskindergärten).
- Fortführung der Qualifizierung in der Kindertagesbetreuung.
- Verstärkung bestimmter Bildungsansätze für Kinder und Jugendliche (z. B. Sprachförderung).
- Erhaltung und Stärkung der elterlichen Erziehungsfunktion durch präventive Angebote unter besonderer Berücksichtigung sozialer Risikogruppen.
- Unterstützung besonders förderungsbedürftiger junger Menschen zum Gelingen des Übergangs von der Schule in den Beruf.
- Förderung der sozialen Integration von Migranten.
- Unterstützung der Gemeinden bei der Erhaltung und Schaffung familienfreundlicher Strukturen z. B. durch Jugendpflege und Jugendarbeit-Leasing.

Kindertagesbetreuung

Aktuelle Situation

Die Kindertagesbetreuung ist ein wichtiges familienpolitisches Instrument. Im ADK ist der Ausbaustand der Kindertagesbetreuung bisher vergleichsweise gering. Veränderte gesellschaftliche Bedingungen führen aber zu einem neuen Familien- und Rollenverständnis – mit Folgen:

- Mädchen haben stärker als Jungen von der Bildungsexpansion der 70er Jahre profitiert. Das Fachkräftepotential rekrutiert sich zunehmend gleichberechtigt aus Frauen und Männern.
- Um den Facharbeitermangel zu beheben, werden stärker als bisher auch weibliche Fachkräfte benötigt, auch wenn diese noch in der Familienphase sind.
- Meist sind es allerdings die Frauen, die bei Berufstätigkeit durch die Familie eine Doppelbelastung schultern müssen.
- In Kleinfamilien brechen zunehmend die Unterstützungsstrukturen weg, die früher (z. B. durch eine Großmutter) eine personelle Entlastung in der Kinderbetreuung ermöglicht haben.
- Daneben werden auch die besseren Bildungschancen für Kinder erkannt, die eine fachlich gute Förderung in Einrichtungen der Tagesbetreuung eröffnen.
- Besonders für Kinder aus Migrantenfamilien (aber nicht nur für diese) sind Tageseinrichtungen eine wichtige Sprach- und Integrationshilfe.
- Nicht zuletzt sind Kindertageseinrichtungen eine wichtige Instanz, um den Kinderschutz zu sichern.

Die Kindertagesbetreuung ist auch ein wichtiger Standortfaktor. Neben den Eltern sind es auch die Betriebe und Unternehmen, die auf einen Ausbau drängen oder Standortentscheidungen unter anderem davon abhängig machen, ob Betreuungseinrichtungen vorhanden sind.

Ausblick und Tendenzen

Im Rahmen des Tagesbetreuungsbaugesetzes werden derzeit im ADK in der Tagesbetreuung für Kinder bis zum Jahr 2010 folgende Ausbauziele verfolgt:

Stand: 10. Juni 2007	Tagesbetreuung für unter Dreijährige	Kindergarten Ganztages- betreuung	Ganztages- betreuung für Schulkinder
2007	7,9 Prozent	4,5 Prozent	7,6 Prozent
Plan 2010	7,9-13,6 Prozent	10-14 Prozent	14-16 Prozent

Erwerbspotential (Arbeitslose, „Hartz IV“-Empfänger)

Aktuelle Situation

Kommunale Aufgabe ist es, erwerbsfähige Hilfebedürftige in das Erwerbsleben einzugliedern. Das Sozialgesetzbuch (SGB II) umschreibt dies mit „Fördern und Fordern“. Die Statistik zeigt derzeit bei den Empfängern von Hilfen folgende Entwicklung:

Arbeitslose im ADK

	Personen insgesamt	davon SGB III (=Arbeitslosengeld)	davon SGB II (= „Hartz IV“)
Januar 2006	6.143	3.338	2.805
Januar 2007	4.145	2.313	1.832
Januar 2008	3.131	1.712	1.419
März 2008	2.800	1.497	1.303

(Quelle: Agentur für Arbeit, Ulm)

Zwar kann ein erfreulicher Rückgang der Arbeitslosen verzeichnet werden, allerdings haben die Personen, die noch finanzielle Hilfen empfangen, vielschichtige Problemlagen. In der Beratung zeigt sich, dass es folgende Menschen besonders schwer haben, vermittelt zu werden:

- Personen mit besonderen sozialen Problemlagen wie z.B. Suchtproblemen
- Personen mit unzureichender Qualifizierung (minderleistungsfähige Menschen)
- Mütter von kleinen Kindern ohne Betreuungsmöglichkeiten.

Kommen mehrere Faktoren zusammen, besteht kaum eine Vermittlungschance.

Ausblick und Tendenzen

Fördern und Fordern müssen weiterhin Teile des kommunalen Hilfeangebotes sein und erfordern deshalb noch intensivere Bemühungen. Ziel muss es sein, Menschen in Arbeit zu bringen und den finanziellen Aufwand des Landkreises zu verringern. Weil den Betrieben künftig sehr viel weniger, aber zugleich ältere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, ist es notwendig, auch aus dem Personenkreis der Hilfeempfänger noch mehr Arbeitskräfte zu rekrutieren. Dabei sollten auch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker als bisher in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Altenhilfe

Aktuelle Situation

Der demographische Wandel zeigt sich vor allem im Anstieg der Zahl älterer und hochbetagter Menschen. So wird der Anteil der über 85-Jährigen und älteren Menschen im ADK im Jahr 2025 mit 6.882 um 133 Prozent höher sein als 2005 (2.950). Dies stellt für kommunalpolitische Planungs- und Entscheidungsprozesse eine große Herausforderung dar.

Der **Kreispflegeplan** vom 30. Juni 2003 weist auf Basis der Berechnungen des Sozialministeriums für das Jahr 2010 einen **rechnerischen Bedarf** von 1.069 Dauer-, 51 Kurzzeit- und 101 Tagespflegeplätzen aus.

Zu diesem Zeitpunkt gab es in Pflegeheimen im ADK 842 Dauer-, 25 Kurzzeit- und 5 Tagespflegeplätze.

Um das Versorgungsdefizit abzubauen, wurden zwischenzeitlich weitere Pflegeplätze geschaffen. Dabei handelt es sich sowohl um Erweiterungen bereits bestehender Einrichtungen als auch um Neubauten in bisher unterversorgten Bereichen.

Danach gab es im ADK im Dezember 2007 1.178 Dauer-, 51 Kurzzeit- und 53 Tagespflegeplätze.

*Hinweis:
Bei den durch „+“ gekennzeichneten Zahlen handelt es sich um Erweiterungen der Einrichtungen gegenüber dem ursprünglichen Bestand von 2003*

Neue Pflegeplätze in Versorgungsbereichen im Alb-Donau-Kreis (nach 2003 bis Dezember 2007; Erweiterungen, Ersatz- und Neubauten von Pflegeheimen)

Versorgungsbereich	Einrichtung/Träger	Dauerpflege	Kurzzeitpflege	Tagespflege
Munderkingen	Altenzentrum St. Anna, Munderkingen Träger: Paul-Wilhelm-von-Kepler-Stiftung, Sindelfingen	+4	2	10
Schelklingen	Bürgerheim St. Ulrich, Schelklingen (Ersatzneubau) Träger: Blaubeurer/Schelklinger Pflege GmbH, Blaubeuren	+19	3	
Laichinger Alb	Pflegezentrum Laichinger Alb, Laichingen Träger: Pflegezentrum Laichinger Alb gGmbH, Laichingen	+30	8	8
	ASB Pflegeheim „Am Berg“, Heroldstatt Träger: Arbeiter-Samariter-Bund, Regionalverband Merklingen	28	2	2
	Seniorenresidenz „Alb-Blick“, Merklingen Träger: Arbeiter-Samariter-Bund, Regionalverband Merklingen	28	2	2
Blaustein	Seniorenzentrum Blaustein Träger: Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis, Ehingen	80	4	12
Dietenheim/Kirchberg-Weihungstal	Seniorenzentrum Dietenheim Träger: Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis, Ehingen	62	2	
	Seniorenpflegeheim „St. Maria“, Regglisweiler Träger: Gemeinnützige St. Barbara Altenhilfe GmbH, Dietenheim-Regglisweiler	+13		
Langenau	Privates Pflegehaus Plepla, Ballendorf Träger: Maria Plepla-Peichel, Setzingen			2
Erbach	Seniorenzentrum Erbach Träger: Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis, Ehingen	72	3	12
Gesamt		336	26	48

Menschen mit Behinderungen

Aktuelle Situation

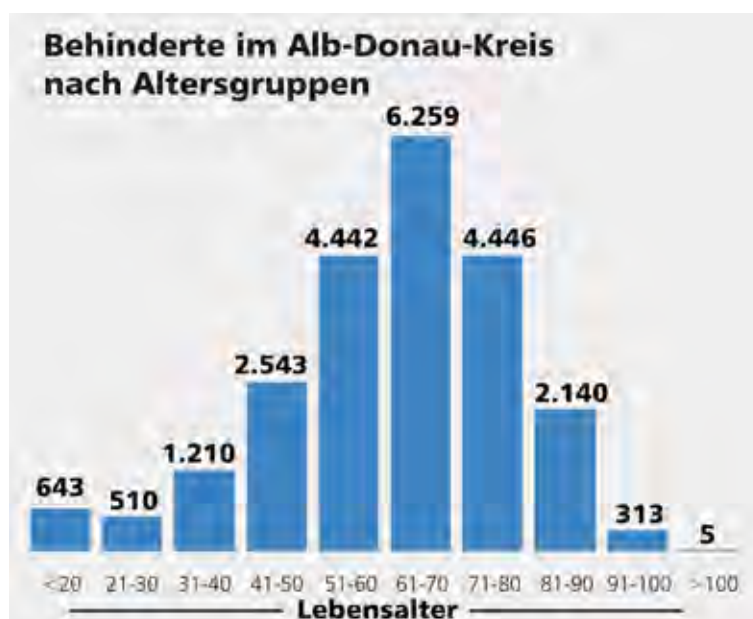
Demographische Besonderheiten in der Behindertenhilfe:

- Die systematische Ermordung Behinderter während des 3. Reiches hat zu einer besonderen Situation bei der Altersstruktur geführt: Die meisten behinderten Menschen sind erst nach dem Krieg geboren.
- Mehr schwerstbehinderte Kinder (z. B. in Folge einer Frühgeburt) überleben.
- Der medizinische Fortschritt erhöht die Lebenserwartung auch bei Menschen mit schweren Behinderungen.

Im Jahr 2006 ist in Baden-Württemberg die Zahl der Menschen mit Behinderung auf 1.489.233 angestiegen, dabei die Zahl der Schwerbehinderten (Grad der Behinderung ab 50 und mehr) auf 1.013.583, was einem Anteil von 9,5 Prozent entspricht.

Bei der Zahl der Schwerbehinderten zeigen sich jedoch deutliche regionale Unterschiede. Sie ist im ADK niedriger als im Landesdurchschnitt. Im ADK lebten Ende 2006 21.030 Menschen mit Behinderung. Davon waren 13.490 schwerbehindert, was einem Anteil von 7 Prozent der Bevölkerung des Landkreises entspricht.

Wie in den Vorjahren sind die Zahlen im Jahr 2007 erneut angestiegen. Heute leben im ADK 22.511 Menschen mit Behinderung; davon 14.404 Schwerbehinderte (entspricht 7,5 Prozent der Bevölkerung). Die höchste Anzahl der Behinderten wird in der Altersgruppe der 61- bis 70-Jährigen erreicht.



Ausblick und Tendenzen

Die genannten Gründe führen zu einer weiteren Zunahme von Menschen mit Behinderung. Auch älter werdende Menschen mit Behinderung haben einen steigenden Pflegebedarf. Sie brauchen tagesstrukturierende Angebote, auch in Kombination mit der Altenhilfe.

Auch jüngere psychisch behinderte und suchtkranke Menschen brauchen zunehmend Eingliederungshilfeleistungen, da die familiäre Unterstützung zurückgeht.

Das Statistische Landesamt geht davon aus, dass die Zahl aller Pflegebedürftigen, somit auch der Behinderten, in Baden-Württemberg allein aus demographischen Gründen bis zum Jahr 2020 um durchschnittlich 32,9 Prozent ansteigt. In ähnlicher Weise ist auch die Entwicklung im Alb-Donau-Kreis prognostiziert.

Bewertung

Der Bedarf an professioneller Pflege wird sich überproportional erhöhen, da

- die Bereitschaft zur Pflege im familiären Umfeld sinkt und
- die Zahl der Kinder als potenziell Pflegende faktisch zurückgegangen ist.

Der Zuschussbedarf des ADK für Pflege im Rahmen der Sozialhilfe betrug im Jahr 2005 für 296 Personen bei knapp 4 Millionen Euro. Steigen die Ausgaben in gleichem Maß wie die Zahl der Pflegebedürftigen, liegt der Zuschussbedarf 2020 bei ca. 5,5 Millionen Euro (ohne sonstige Preissteigerungen).

Handlungsempfehlungen

Um die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zukunftsfest zu machen, ist eine Weiterentwicklung dringend geboten. Damit soll diese Hilfe für die jetzige wie auch für die zukünftige Generation nachhaltig gesichert werden.

Aus diesem Grunde wurde im Juni 2007 zusammen mit der Stadt Ulm die Erarbeitung eines gemeinsamen Sozialplanes für behinderte Menschen auf den Weg gebracht. Ziel ist es eine kreisübergreifende qualifizierte Bedarfsprognose und einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.

Aus dem bisherigen Planungsprozess ergeben sich folgende Erkenntnisse:

- Die Zahl der Kinder mit Hilfebedarf steigt (Frühchen, etc.).
- Der Bedarf an integrativen Hilfen nimmt zu: Die Umstrukturierung von Regelkindergärten und Schulen muss geprüft werden, um noch mehr behinderte Kinder integrieren zu können. Der Bedarf an Pflege, Tagesstruktur und Entlastungsangeboten für Eltern steigt.
- Es gibt mehr Kinder mit Behinderungen in sich auflösenden Familien: Der allein erziehende Elternteil ist oft überfordert. Der Bedarf an ambulanten Hilfen und verschiedensten Betreuungsformen steigt.
- Kinder mit Behinderungen in Migrationsfamilien: Jüngere Mütter haben Unterstützungsbedarf. Die Akzeptanz der Behinderung ist häufig nicht gegeben.
- Die Zahl junger Erwachsener, die chronisch psychisch krank sind bzw. Persönlichkeitsstörungen haben, nimmt zu: Neue Konzepte wirksamer Hilfen in Verbindung mit der Jugendhilfe müssen entwickelt werden.
- Eltern mit Behinderungen (Kinder mit behinderten Eltern): Eine Zunahme an psychischen Erkrankungen der Eltern ist zu verzeichnen. Hilfen sind für Eltern und Kinder gleichermaßen notwendig.

Weitere Handlungsempfehlungen auf der nächsten Seite!

Migration

Aktuelle Situation

Aussiedler und Spätaussiedler

Seit 1989 kamen verstärkt Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, Rumänien, Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei in unseren Landkreis. Diese Zuwanderung hat zur Verjüngung der Bevölkerung in unserem Landkreis beigetragen, da 65 Prozent dieser insgesamt ca. 7.500 Menschen im arbeitsfähigen Alter waren. Die Zuwanderung von Aussiedlern und Spätaussiedlern geht jetzt zurück. Integrationsbedarf besteht jedoch weiterhin.

Im Jahre 2007 kamen lediglich noch 45 Personen in den ADK, da die Anforderungen zur Einreise durch die Sprachprüfung (Deutsch) im Herkunftsland sehr erschwert wurden.



Durchschnittsalter der Spätaussiedler seit 1999 ADK

Altersgruppe	Anteil
18 bis 40 Jahre	17 Prozent
41 bis 60 Jahre	71 Prozent
61 Jahre und älter	12 Prozent

Verschiedene Eingliederungsprogramme wurden in den vergangenen Jahren gekürzt oder eingestellt. Dies hat sich auf die Integration dieser Menschen negativ ausgewirkt. Begrüßenswert ist, dass inzwischen auch die Spätaussiedler in die für alle Migranten geltenden Integrationsmaßnahmen mit einbezogen werden.

Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge

Die Asylbewerber und ausländischen Flüchtlinge sind bis auf wenige Ausnahmen zur Rückkehr in ihr Herkunftsland verpflichtet. Lag die Anerkennungsquote der vergangenen Jahre noch bei ca. 3,0 Prozent, so lag sie im September 2007 lediglich noch bei 0,8 Prozent im Bundesdurchschnitt.

Ausländer

Derzeit sind von den rund 191.000 Menschen im ADK etwa 17.000 Ausländer. Dies entspricht in etwa einem Bevölkerungsanteil von 8,9 Prozent. Bundesweit gesehen beträgt das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung rund 41 Jahre, das Durchschnittsalter der nichtdeutschen Bevölkerung beläuft sich auf 32 Jahre. Den hier lebenden Ausländern wird aus verschiedenen Gründen die Möglichkeit geboten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Diese ist an gewisse Voraussetzungen gebunden. Seit Januar 2000 bis Dezember 2007 wurden im ADK etwa 1.700 Personen eingebürgert. 95 Prozent dieser Eingebürgerten sind jünger als 45 Jahre. Allerdings verfügten 27 Prozent dieser Personen über eine Mehr- bzw. Doppelstaatsangehörigkeit.

Einbürgerung der Aussiedler ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Alb-Donau-Kreis

1995	1996	1997	1998	1999
323	666	1046	657	303

Seit 2000 erhalten Aussiedler generell die deutsche Staatsangehörigkeit.



Ausblick und Tendenzen

Migration und Integration sind wichtige Aspekte in der demographischen Entwicklung. Ohne Zuwanderung wird unsere Bevölkerung noch stärker überaltern. Klare Konzepte und Lösungsstrategien sind auf die Anforderungen anzupassen, damit Versäumnisse beseitigt werden und ein friedliches Miteinander möglich ist.

Bewertung

Integration muss Aufgabe und erklärter Wille unserer Gesellschaft sein. Grundsätzlich ist auch die Bereitschaft der Migranten zur Integration einzufordern.

Maßnahmen einer verbesserten Integration sind für die Zukunft auf unterschiedlichen Wegen im Landkreis eingeleitet:

- **Bundesebene:**
Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führt in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und den Ausländerbehörden Integrations Sprachkurse mit einer Dauer von bis zu 1.200 Stunden pro Teilnehmer durch. Die Teilnehmer werden hierzu verpflichtet.
- **Landesebene:**
Im Rahmen zugewiesener Fördermittel des Landes Baden-Württemberg und der Landesstiftung laufen im Jahr 2008 im Rahmen gezielter Betreuungsarbeit fünf Integrationsprojekte. Insgesamt sind in diese Projekte ca. 280 meist jugendliche Migranten einbezogen.
- **Landkreisebene:**
Die Eingliederungsbehörde beim Sozialdezernat des ADK koordiniert und legt diese Maßnahmen zusammen mit den Trägern der Migrationsberatung fest. So findet eine enge Zusammenarbeit mit den Migrationsdiensten beim Internationalen Bund für Sozialarbeit, der Caritas und dem Ev. Diakonieverband statt. Ebenso zählen Gemeinden, Behörden, Kirchen und einzelne Arbeitskreise zu den Ansprechpartnern. Integration von jugendlichen Migranten ist auch ein wichtiges Thema in der offenen Jugend- und Verbandsjugendarbeit. Neben der Kreisjugendpflege sind die Jugendhäuser und Vereine dazu wichtige Partner.

- **Gemeindeebene:**
Viele Gemeinden organisieren in den Kindergärten und Schulen die Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe die aus Landesmitteln und verschiedentlich aus Eigenmitteln finanziert wird. Teilweise haben Gemeinden meist mit hohem finanziellen Aufwand Jugendhäuser und Treffpunkte auch für jugendliche Spätaussiedler und Migranten geschaffen.

Handlungsempfehlungen

Für eine erfolgreiche Integration bieten sich auf örtlicher und überörtlicher Ebene an:

- Konzeptionen zur Intensivierung der Integration.
- Bestehende Netzwerke weiter ausbauen.
- Koordination von Maßnahmen und Projekten sicherstellen.
- Förderung und Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement.
- Migranten in den Integrationsprozess verantwortlich einbinden.
- Dialog mit anderen Kulturen suchen und pflegen.
- Migrationsthemen in die Bildung einbeziehen (z. B. im Kindergarten oder in der Schule).
- Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, gegebenenfalls mit zusätzlichen Qualifizierungsmaßnahmen.
- Chancen für jugendliche Migranten bei der Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen verbessern.

Allgemein bildende Schulen

Im Alb-Donau-Kreis gibt es derzeit 43 Grundschulen, 21 Grund- und Hauptschulen, 6 Hauptschulen, 8 Realschulen, 4 Gymnasien, 9 Förderschulen, 1 Schule für Geistigbehinderte und Körperbehinderte und 4 berufliche Schulen.

8.990 Schüler besuchen derzeit die Grundschule, 3.668 Schüler die Hauptschule (davon 138 Werkrealschüler), 4.425 Schüler die Realschule, 3.686 Schüler das Gymnasium, 511 Schüler die Sonderschulen und 4.777 Schüler die beruflichen Schulen.

Ganztageschulen

Nach dem Stand vom November 2007 gibt es im ADK Ganztageschulen auf der Grundlage des Landeskonzepts (Angebot an 4 Tagen pro Woche) mit zusätzlichen Lehrerstunden (siehe nachfolgende Tabelle; Klammer: Anzahl der laufenden Anträge). Ganztageschulen, die ausschließlich über das Investitionsförderprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundes (IZBB) die räumlichen Voraussetzungen zur Ganztagesbetreuung geschaffen haben (ohne zusätzliche Lehrerstunden), sind in der Tabelle nicht aufgeführt. Sie halten an drei Nachmittagen ein zusätzliches Betreuungsangebot bereit. Davon gibt es im ADK derzeit 5 Grund-, 7 Haupt-, 4 Real- und 4 Förderschulen.

Schulen	Ganztageschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung* (Brennpunktschulen)	Ganztageschulen in offener Angebotsform**
Grundschulen	1	1 (4)
Hauptschulen	3	0 (4)
Realschulen		0 (1)

Ausblick und Tendenzen

Die Schülerzahl in Baden-Württemberg befand sich in den Jahren 2003/04 und 2004/05 mit über 1,3 Millionen Schülerinnen und Schülern auf dem Höhepunkt. In den folgenden Jahren wird sich die Anzahl der Schüler an allgemein bildenden Schulen zurückentwickeln, 2020 auf bis unter 1 Millionen Schülerinnen und Schüler. Die Entwicklung der Schülerzahl im Alb-Donau-Kreis folgt diesem Trend; sie liegt in der Prognose etwas über dem Landesdurchschnitt.

Der Höhepunkt mit 22.475 Schülern war im Schuljahr 2004/05 zu verzeichnen, bis ins Schuljahr 2014/15 wird die Zahl auf 18.145 Schüler sinken. Für das Schuljahr 2019/20 liegen noch keine Vergleichszahlen auf Landkreisebene vor.

Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein Bildenden Schulen

Schuljahr	Baden-Württemberg	Alb-Donau-Kreis
1994/1995	1.162.694	20.132
1999/2000	1.279.762	22.314
2004/2005	1.306.292	22.475
2009/2010	1.252.900	20.550
2014/2015	1.125.700	18.145

Ganztageschulen

Der bedarfsorientierte und flächendeckende Ausbau von Ganztageschulen sieht nach dem Ministerratsbeschluss vom 20. Februar 2006 landesweit an etwa 40 Prozent der allgemein bildenden öffentlichen Schulen einen Ganztagesbetrieb vor. Der Fachdienst Schule und Bildung wird bis 2015 den Ausbau eines Netzes von Ganztageschulen im ADK unterstützend und beratend begleiten. Da die Anteile der jeweiligen Schulart in Kontingenten an die Regierungspräsidien verteilt wurden, kann etwa von folgenden Zielzahlen im ADK ausgegangen werden:

Schulen	Ganztageschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung* (Brennpunktschulen)	Ganztageschulen in offener Angebotsform**
Grundschulen	5 – 7	10 – 14
Hauptschulen	2 – 3	1 – 2
Realschulen		2 – 3
Förderschulen		2 – 3

Hinweis: * bis zu 7 zusätzlichen Deputatsstunden ** bis zu 5 zusätzlichen Deputatsstunden; Angebote mit freiwilliger Teilnahme der Schüler

Bewertung

Im Schuljahr 2003/2004 gab es in Baden-Württemberg 167.661 Schulabgänger. Hiervon haben 50.654 Schulabgänger die allgemein bildende und beruflichen Schulen mit einem Abschlusszeugnis verlassen, das sie zu einem Studium an einer Hochschule berechtigt (30,2 Prozent).

Die Anzahl dieser Abgänger wird sich in den nächsten Jahren noch erhöhen. 2010 ist mit rund 58.000 Schulabgängern mit Hochschulreife zu rechnen. Der Höhepunkt wird 2012 (Zusammenfall 8- und 9-jähriges Gymnasium) mit insgesamt 78.000 Abgängern erreicht sein. Nach 2012 wird die Zahl der Schulabgänger auf Dauer sinken. Ob mittelfristig einzelne Standorte in ihrem Bestand gefährdet sind, hängt wesentlich davon ab, wie sich die Schulen den geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Wesentliche Stichpunkte hierzu sind:

- Jahrgangsgemischter Unterricht,
- Unterstützung durch Schulträger, Elternschaft, ortsansässige Wirtschaft etc.

Auswirkungen für die einzelnen Schularten:

■ Grundschulen

Im Wesentlichen ist hier der Bestand gesichert. An einzelnen Standorten wird es vermehrt zu jahrgangsgemischtem Unterricht kommen. Schulträger mit mehreren Grundschulen werden nach § 30 Schulgesetz Baden-Württemberg eventuell aus Kostengründen Standorte zusammenlegen. Für die Versorgung im Kreis bleibt dies ohne Auswirkung.

■ Hauptschulen

Derzeit offen ist die Frage, wie sich die Übergänge der Grundschüler auf die weiterführenden Schulen entwickeln. Sollte die Hauptschule deutlich unter einen Übergang von 28 Prozent sinken, werden einzelne Schulstandorte nicht mehr zu halten sein.

Der jahrgangsgemischte Unterricht ist hier nur bedingt Ziel führend. Unterschiede gibt es auch zwischen reinen Hauptschulen und verbundenen Grund- und Hauptschulen. An reinen Hauptschulen wird die Personaldecke extrem dünn, sodass beispielsweise bei kurzfristigen Krankheitsfällen personelle Engpässe entstehen können.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Akzeptanz der Hauptschulen durch das Maßnahmenpaket des Kultusministeriums zur Stärkung dieser Schulart erhöhen wird oder sich zumindest auf dem bestehenden Niveau einpendelt.

■ Realschulen

Die bestehenden 8 Realschulen des ADK sind in ihrem Bestand nicht gefährdet. Der Schülerschwund führt höchstens dazu, dass einzelne Schulen weniger „Züge“ haben werden. Blaustein als kleinste Realschule im ADK wird von der Randlage zu Ulm profitieren und hier Schüler an sich binden, um die bestehende Zweizügigkeit zu halten.

■ Förderschulen

In diesem Bereich fällt eine Prognose am schwersten. Die Mittelverteilung des Landes begünstigt Förderschulen, die möglichst wenig Schüler selbst beschulen. Die Förderschulen sollen zunehmend in Kooperation mit den allgemeinen Schulen – insbesondere den Grundschulen – im präventiven Bereich tätig werden. Verstärkt wird diese Entwicklung vom Schülerrückgang an den Grundschulen, die in zunehmend kleineren Einheiten die Kinder selbst fördern wollen.

Der Bestand der Schulen selbst scheint derzeit nicht gefährdet. In den Förderschulen gibt es keine Mindestschülerzahlen. Kleingruppen gehören dort heute schon zum Standard und sind aus pädagogischen Gründen auch gewollt.

Handlungsempfehlungen

- Im ADK gibt es mit Blick auf die nächsten 10 Jahre ein flächendeckendes Netz von Grund-, Haupt- und Realschulen. Die bestehenden Standorte werden durch pädagogische Weiterentwicklungen an den Schulen gesichert. Schulträger mit mehreren Standorten der gleichen Schulart werden, wenn es um die Zusammenlegung von Standorten gehen sollte, bei Bedarf vom Fachdienst Schule und Bildung beraten und unterstützt.
- Der Ausbau der Ganztagesbetreuung orientiert sich an erster Stelle an dem vorhandenen Bedarf.

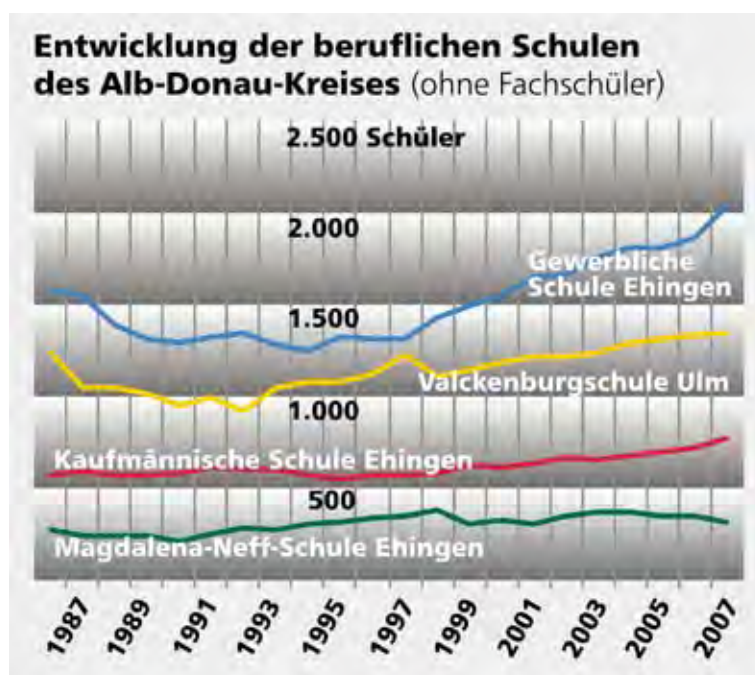
Berufliche Schulen des ADK

Tendenzen und Bewertung

Die Zahl der Berufsschüler stieg seit 1996 stetig an, eine Zunahme von 208 Schülern ist in diesem Zeitraum zu verzeichnen (siehe Grafik). Eine Prognose liegt für berufliche Schulen nicht vor. Sobald die zurückgehenden Schülerzahlen der allgemein bildenden Schulen die Abgangsklassen erreicht haben, wird auch die Schülerzahl der beruflichen Schulen zurückgehen (ab ca. 2015).

Die Entwicklung der beruflichen Schulen allein nach der Zahl der Schüler zu beurteilen, würde allerdings zu kurz greifen. Zentrale Einflussfaktoren für die bisherige und zukünftige Entwicklung dieser Schulen kommen aus der Wirtschaft. Durch das duale Ausbildungssystem ist die Ausrichtung und Ausstattung der Schulen mit Schularten, Fachklassen, Lehr- und Lernmitteln und auch das Raumangebot eng verzahnt mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft.

Der Landkreis hat mit der Einrichtung neuer, spezialisierter Schularten bzw. Fachklassen auf diese Anforderungen immer wieder reagiert. Jüngstes Beispiel ist die neue Fachklasse bei der Gewerblichen Schule für den Ausbildungsberuf „Fachkraft im Fahrbetrieb“, die zum Schuljahresbeginn 2008/2009 starten wird. An dieser Ausbildung hatten vor allem die regionalen Verkehrsbetriebe großes Interesse gezeigt.



Mit der Einrichtung des Technischen Gymnasiums (2001) und des Wirtschaftsgymnasiums (2007) bei der Gewerblichen bzw. Kaufmännischen Schule in EHINGEN hat der Landkreis eine räumliche Lücke im Bildungsangebot zwischen Ulm und Biberach schließen können. Das Technische Gymnasium hat sich in den letzten Jahren bei Schülerzahlen von rund 140 stabilisiert. Das Wirtschaftsgymnasium startete zum Schuljahr 2007/2008 mit 64 Schülern. Für das folgende Schuljahr liegen 198 Anmeldungen vor.

ADK GmbH für Gesundheit und Soziales

Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den Gesundheits- und Pflegebereich im ADK

Deutschland wird in den kommenden Jahren weiter altern - die demographische Entwicklung macht auch vor dem ADK nicht Halt. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur werden auch Auswirkungen auf den Gesundheits- und Pflegebereich haben.

Aktuelle Situation Gesundheitswesen

Mit der Weiterentwicklung der drei Kreiskrankenhäuser zu modernen Gesundheitszentren hat der ADK bereits wichtige Schritte unternommen, eine hochwertige und dezentrale Gesundheitsversorgung im Flächenlandkreis sicherzustellen. In den Gesundheitszentren Blaubeuren und Ehingen finden die Bürgerinnen und Bürger bereits heute ein umfangreiches Spektrum an präventiven, kurativen und rehabilitativen Leistungen aus dem stationären und ambulanten Bereich. Für den Standort Langenau gilt das ab 2009 gleichermaßen. Von der wohnortnahen Versorgung und den kurzen Wegen profitieren Kunden aller Altersklassen. Dennoch ist es insbesondere für ältere Menschen - die oft nicht mehr so mobil sind - hilfreich, wenn sie alles an einem Ort erledigen können. Auch soziale Kontakte lassen sich leichter pflegen, wenn Besucher keine langen Wege auf sich nehmen müssen.

Pflegebereich

Im ADK konnten in den vergangenen Jahren durch den Bau der Seniorenzentren Blaustein, Dietenheim und Erbach zuvor bestehende Lücken in der stationären Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen geschlossen werden. Mit den Neubauten in Schelklingen und Blaubeuren gibt es auch im dortigen Verwaltungsraum moderne stationäre Pflegeeinrichtungen, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner ein neues Zuhause finden können. Das in den Seniorenzentren in Blaustein, Dietenheim, Erbach und demnächst auch Schelklingen angewandete alltagsorientierte Konzept der Hausgemeinschaften berücksichtigt insbesondere die Bedürfnisse dementer Bewohner und sorgt durch alltagsbezogene Tätigkeiten und eine Tagesstrukturierung für Geborgenheit und Erinnerung an frühere Zeiten.

Ausblick und Tendenzen

Gesundheitswesen

Die demographische Entwicklung ist insbesondere durch einen erheblichen Anstieg der älteren Bevölkerung geprägt. Während die Bevölkerung im ADK bis 65 Jahre bis zum Jahr 2025 um 7,1 Prozent zurückgehen wird (Vergleichsjahr: 2005), steigt der Anteil der über 65-Jährigen im gleichen Zeitraum um 35,8 Prozent.

Auf Basis dieser Daten geht das Statistische Landesamt davon aus, dass – wenn alle anderen Faktoren unverändert bleiben – die Zahl der stationären Behandlungsfälle im Zeitraum bis 2030 um knapp 25 Prozent zunimmt. Das Gesamtvolumen der Behandlungstage würde demnach um 30 Prozent steigen. Besonders groß würde der Zuwachs bei den über 60-Jährigen ausfallen – hier prognostizieren die Statistiker eine Zunahme von 60 Prozent bei den Behandlungsfällen. Diese Zahlen gelten für Baden-Württemberg. Da die Alterung im ADK noch stärker ausfallen wird als im Landesschnitt, ist für den ADK eher von noch deutlicheren Zunahmen auszugehen.

Auch wenn zu erwarten ist, dass durch den medizinischen Fortschritt, die weitere Verlagerung von Leistungen in den ambulanten Bereich und weitere Strukturveränderungen im Gesundheitswesen die reale Fallzahlentwicklung gedämpft werden wird, ist eines dennoch ganz klar: Das Krankenhaus bleibt eine wichtige Größe im Gesundheitswesen.

Fallzahlen in Innerer Medizin nehmen zu

Dabei werden sich auch Unterschiede in den einzelnen Fachrichtungen ergeben. Besonders deutlich fallen die Fallzahlsteigerungen in der Inneren Medizin aus – hier werden insbesondere Erkrankungen des Kreislaufsystems überdurchschnittlich zunehmen. Hier wie auch bei den Tumorerkrankungen spielt die höhere Krankheitswahrscheinlichkeit mit zunehmendem Lebensalter eine zentrale Rolle. Der Anteil der über 80-Jährigen wird sich im ADK in den nächsten 20 Jahren um 61,8 Prozent erhöhen. Diese Altersgruppe ist fünfmal häufiger von Kreislaferkrankungen betroffen als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Rückgang bei Geburtshilfestationen

Einen Rückgang werden dagegen die Geburtshilfestationen zu verkraften haben. Hier gehen die Statistiker davon aus, dass die Fallzahlen um etwa 12 Prozent sinken werden. Durch eine attraktive Gestaltung der Geburtshilfestationen und Besonderheiten wie Familienzimmer oder das Zertifikat „Babyfreundliches Krankenhaus“ können zwar unter günstigen Voraussetzungen Geburten aus angrenzenden Landkreisen in die drei Kreiskrankenhäuser geholt werden, dennoch wird es nicht zu verhindern sein, dass die Geburtenzahlen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten demographisch bedingt zurückgehen.

Wohnortnahe Versorgung

Die zunehmende Alterung der Bevölkerung hat aber noch weitere Auswirkungen. Gerade im ländlichen Raum spielen Entfernungen und Mobilität eine wichtige Rolle. Viele alte und hochbetagte Menschen sind in ihrer individuellen Mobilität eingeschränkt und auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Einer wohnortnahen Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen kommt daher – auch mit Blick auf die Notfallversorgung – eine hohe Bedeutung zu. Dies gilt zum einen für die Grundversorgung in Krankenhäusern, aber auch für gut ausgebaute ambulante Angebote. Mit den Gesundheitszentren Blaubeuren, Ehingen und Langenau sind hier strukturelle Voraussetzungen geschaffen worden, die kurze Wege und eine gute haus- und fachärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum gewährleisten.

Eine Herausforderung für die künftige Gesundheitsversorgung wird die Verknüpfung von ambulanten und stationären Angeboten und eine gesicherte durchgängige Versorgungskette sein. Denn wenn immer weniger junge Menschen in der Gesellschaft leben, werden diese auf dem Arbeitsmarkt stärker nachgefragt und stehen damit seltener als heute für die Betreuung und Pflege von erkrankten oder pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung. Gerade sehr alte Patienten sind aber nach einem kurzen Krankenhausaufenthalt nicht immer in der Lage, zu Hause allein zurechtzukommen. Hier können Konzepte wie das „Last-Minute-Bett“ für niedergelassene Ärzte, Pflegehotels oder ein ausgebauten Gesundheitsnetzwerk mit ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen hilfreich sein.

Pflegebereich

Der höhere Anteil an alten und hochbetagten Menschen hat auch Auswirkungen auf die Frage der Pflegebedürftigkeit und die notwendige Pflegeinfrastruktur.

Unter der Annahme, dass ältere Menschen heute genauso oft pflegebedürftig werden wie im Jahr 2030, steigen die Zahlen sowohl für die ambulant versorgten Pflegebedürftigen als auch für die in Pflegeheimen untergebrachten Bewohner im genannten Zeitraum demographisch bedingt um mehr als 60 Prozent an. Auch hier ist zu beachten, dass der ADK eine im Vergleich zum Land stärkere Alterung der Bevölkerung erleben wird und zu den Landkreisen mit der höchsten Zunahme an Pflegebedürftigen im Land zählen wird (Index 105; Land=100).

Für die Schätzung des zukünftigen Infrastruktur- und Pflegepersonalbedarfs ist hierbei insbesondere die Art der benötigten Pflege interessant. Pflegebedürftige Männer werden heute unabhängig vom Alter am häufigsten in der Familie – meist von der eigenen Ehefrau – gepflegt. Für Frauen ist ab einem Lebensalter von 80 Jahren die stationäre Pflege die häufigste Pflegeart. Dies liegt daran, dass die Frauen ihre Männer in vielen Fällen überleben, so dass sie ihre Männer noch pflegen können, während für ihre eigene Pflege dann oft die Kinder einspringen müssen.

Pflege in der Familie verliert an Bedeutung

Unterschiedliche gesellschaftliche Tendenzen werden dazu führen, dass die Pflege in der Familie in ihrer Bedeutung zurückgehen wird. Höhere Scheidungsraten der heute erwerbstätigen Jahrgänge sorgen unter Umständen dafür, dass die künftigen Senioren häufiger allein leben werden, als dies heute der Fall ist. Die höhere Erwerbsquote von Frauen und die zunehmende Mobilität von Arbeitnehmern ist bereits heute der Grund dafür, dass eine Pflege durch Töchter und Schwiegertöchter nicht mehr ohne weiteres möglich ist. Dieser Trend wird sich durch den drohenden Facharbeitermangel eher noch verstärken. Zudem geht der Anteil der jüngeren Menschen und damit potentieller Pflegepersonen ebenfalls demographisch bedingt zurück (im ADK -6,6 Prozent bei den bis 65-Jährigen bis zum Jahr 2025). Beide Entwicklungen sorgen dafür, dass bei gleich bleibender Pflegebereitschaft weniger Menschen in ihren eigenen vier Wänden versorgt werden können. Versorgungsformen wie die 24-Stunden-Pflege im Ambulanten Pflegedienst oder ergänzende Nachbarschaftshilfe können hier eine wertvolle Ergänzung sein und die stationäre Pflege zeitlich hinauszögern.

Der stark steigende Anteil hochbetagter Menschen und die dargestellten Gründe für eine schwieriger werdende Pflege in der eigenen Familie werden zu einer deutlichen Zunahme bei der Inanspruchnahme stationärer Pflegeplätze führen. Diese fällt im Zeitraum bis 2025 mit einem Index von 107 (Land=100) im ADK überdurchschnittlich hoch aus. In den vergangenen Jahren wurden hier mit dem Bau der Seniorenzentren Erbach, Blaustein

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Aktuelle Situation

Der demographische Wandel verursacht einen immer höheren Versorgungsbedarf einer älter werdenden Bevölkerung. Der medizinisch-technische Fortschritt mit innovativen Behandlungsmethoden und Medikamenten bedingt kostenintensive Neuerungen. Deshalb wird auch die Prävention an Bedeutung zunehmen. Daraus ergeben sich auch für den Öffentlichen Gesundheitsdienst im ADK veränderte Handlungsschwerpunkte.

Ausblick und Tendenzen

Die Handlungsschwerpunkte von Sozialministerium und Sozialversicherungsträgern bilden den Rahmen für Zielvereinbarungen mit den Landratsämtern beispielsweise zur Reduzierung von Übergewichtigkeit, zur Suchtprävention oder zur Verhinderung des Anstiegs der HIV-Neuinfektionsrate.

Auch die weitere Verbesserung der Durchimpfungsraten verhindert die Entstehung von Erkrankungen.



Die Alterszahnheilkunde bekommt, auch im Rahmen der Heimaufsicht zunehmend größere Bedeutung. Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat 2007 ein dezentrales Betreuungskonzept erarbeitet, das einen Zahnarzt als Senioren- und Behindertenbeauftragten pro Kreis vorsieht. Die Arbeitsgemeinschaft Alterszahnheilkunde- und Behindertenbehandlung (AKABe) ADK/Ulm bildet dabei das Pilotprojekt für das ganze Land (AKABe BW). Dabei leisten Zahnärzteteams Betreuungsarbeit in Alters- und Behindertenheimen und führen in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Gesundheit Schulungen und Informationsveranstaltungen für Pflegekräfte, Betroffene und Angehörige durch. Ziel ist auch eine flächendeckende zahnärztliche Betreuung in allen Heimen.

Die Infektionsprävention in Altenpflegeheimen gewinnt angesichts von zunehmender Abwehrschwäche, Mehrfacherkrankungen und Immobilität alter Menschen auch für die Heimaufsicht immer größere Relevanz. Die vom Fachdienst Gesundheit geforderten Standards etwa zur Verhütung von Legionellen-Infektionen oder von Brechdurchfällen durch Noroviren oder zur Reduktion von Keimträgerschaft mit multiresistenten Staphylococcus-aureus-Stämmen (MRSA) in Heimen orientieren sich an den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts in Berlin.

Durch Früherkennungsuntersuchungen lassen sich bestimmte Krankheiten im Frühstadium erkennen und dadurch besser und erfolgversprechender behandeln. Noch immer werden Früherkennungsuntersuchungen zu wenig genutzt. So nehmen beispielsweise von den anspruchsberechtigten Versicherten nur 48 Prozent der Frauen und 20 Prozent der Männer die Krebsfrüherkennung in Anspruch.

Auch bei Kindern ist die Teilnahme an den neun Vorsorgeuntersuchungen enorm wichtig. Auffallend ist die Abnahme der Beteiligungsrate von der ersten Untersuchung im Neugeborenenalter (U1) bis zur Untersuchung im Alter von fünf Jahren (U9) besonders bei Kindern mit Migrationshintergrund. Der Fachdienst Gesundheit versucht dem im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen entgegenzuwirken. (Näheres dazu steht im Bericht „Einschulungsuntersuchungen 2006“, der dem Kultur- und Sozialausschuss am 10. März 2008 vorgestellt wurde.)



Für die kommenden Jahre ist auch eine Veränderung bei den Einschulungsuntersuchungen geplant. Die Untersuchung soll dann bereits im vorletzten Kindergartenjahr beginnen, um mehr Zeit für förderbedürftige Kinder zu gewinnen. Eine enge Vernetzung mit dem Projekt „Schulreifes Kind“ wird dabei angestrebt.

Die Pilotphase fand in den Sommern 2006 und 2007 im ADK/Ulm sowie in neun weiteren Land- und Stadtkreisen Baden-Württembergs statt. Inzwischen wurde das Pilotprojekt wissenschaftlich ausgewertet. Die Landesregierung hat im März 2008 die landesweite Umsetzung dieser neu konzipierten Einschulungsuntersuchung zum Jahresende 2008 beschlossen.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre zeichnet sich ab, dass die Kinderzahlen insgesamt zwar rückläufig sind, der Anteil von Kindern mit Förderbedarf jedoch zunimmt.

Vorzeitige Verrentung verhindern und Pflegebedürftigkeit hinauszögern

Menschen, die durch eine Krankheit aus dem beruflichen und privaten Alltag gerissen werden, können von Maßnahmen der Rehabilitation profitieren. Hier ist das Ziel, sie möglichst schnell wieder in den Beruf und den häuslichen Alltag zu integrieren und so die vorzeitige Verrentung zu verhindern. Durch gezielte Maßnahmen können Bürgerinnen und Bürger, denen Pflegebedürftigkeit droht, länger selbstbestimmt leben. Diese können auch Leistungen der hauswirtschaftlichen Versorgung oder der sozialen Betreuung umfassen. So kann beispielsweise durch körperliche Aktivität der Verlust von Muskelstärke verhindert und die Behinderungsschwelle hinausgeschoben werden.

Handlungsempfehlungen

Der Fachdienst Gesundheit im Landratsamt, der auch für den Stadtkreis Ulm zuständig ist, handelt hier als staatliche untere Gesundheitsbehörde und setzt die durch rechtliche Vorgaben oder in Vereinbarungen festgelegten landespolitischen Zielsetzungen und Handlungsschwerpunkte um.

Wirtschaftliche Entwicklung

Aktuelle Situation

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist nach Angaben des Statistischen Landesamtes in den letzten zehn Jahren um gut 22 Prozent (Bruttoinlandsprodukt = BIP) gewachsen. Der ADK hat auch hier überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Mit einem Zuwachs von 32 Prozent liegt er weit über dem Durchschnitt auf Rang 6 aller 44 Stadt- und Landkreise. Das dabei erzeugte BIP lag im Jahr 2005 bei 4,2 Milliarden Euro.

Wirtschaftswachstum (BIP) 2005 gegenüber 1996

(ausgewählte Stadt- und Landkreise)

Biberach	47,1 Prozent
Ostalbkreis	32,6 Prozent
Alb-Donau-Kreis	32,0 Prozent
Ulm	24,7 Prozent
Reutlingen	22,5 Prozent
Baden-Württemberg	22,3 Prozent
Göppingen	10,3 Prozent
Heidenheim	5,3 Prozent

Bewertung

Wie auch in anderen ländlichen Räumen liegt das BIP des ADK, also die gesamte Wirtschaftsleistung, deutlich unter jenem der industriell geprägten Stadt- und Landkreise. Die Entwicklung aber, das heißt die wirtschaftliche Dynamik, ist in den letzten Jahren überdurchschnittlich gut vorangekommen. Dieses wird auch bestätigt durch den so genannten **Innovationsindex** des Statistischen Landesamtes, der unternehmensinterne Forschungs- und Entwicklungsausgaben, Beschäftigte in Hochtechnologiebranchen, wissensintensiven Dienstleistungen, hochwertigen Existenzgründungen und Patentanmeldungen berücksichtigt. Hier belegt der ADK schon seit Jahren einen guten Mittelplatz (Rang 25 von 44), gelangt jedoch 2007 beim **Dynamikindex**, der die Entwicklung der letzten Jahre berücksichtigt, bereits zum 3. Mal seit 2005 auf Rang 4.

Handlungsempfehlungen

- Betreuung und Pflege des vorhandenen Unternehmensbestandes.
- Erhöhung des Bildungs- und Ausbildungsangebotes.
- Ansiedlungsförderung besonders von technologieorientierten Unternehmen.
- Förderung von innovativen Gründern.
- Stärkung des ländlichen Raumes.
- Regionales Standortmarketing optimieren.

Erwerbspersonen und Arbeitsplätze

Aktuelle Situation

Die Erwerbspersonen* in Baden-Württemberg werden nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes bis zum Jahr 2015 um 8 Prozent auf 5,9 Millionen zunehmen (Basisjahr: 2005). Ab 2015 ist dann mit einem Rückgang zu rechnen. Dabei wird es Gewinner- und Verliererregionen geben. Für den ADK wird bis 2025 mit einem Zuwachs von 3,5 Prozent gerechnet. Er liegt damit im oberen Drittel (Rang 10) aller Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg.

Zunahme der Erwerbspersonen (2005 bis 2025)

Biberach	+ 6,0 Prozent
Ulm	+ 4,8 Prozent
Alb-Donau-Kreis	+ 3,5 Prozent
Baden-Württemberg	+ 0,9 Prozent
Ostalbkreis	- 0,1 Prozent
Reutlingen	- 0,5 Prozent
Heidenheim	- 3,6 Prozent

*Anm.: Die Erwerbspersonen sind die Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten plus geringfügig Beschäftigte, Auszubildende, Beamte, Selbständige und deren mithelfenden Familienangehörigen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Das Arbeitsplatzangebot im ländlichen Raum ist naturgemäß unterdurchschnittlich: Auf 1.000 Einwohner kommen dort 299 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, im ADK jedoch nur ca. 225. Im gesamten Landesschnitt sind es 349, in Ulm jedoch rund 670.

Der geringe Durchschnittswert im ADK wird durch Berufspendler vor allem in Richtung Ulm stark beeinflusst. So hat Ulm im Jahr 2006 über 51.000 Berufseinpender, jedoch nur knapp 14.000 Auspendler.

Den ADK verlassen rund 37.000 Auspendler, von denen der überwiegende Teil wohl in die Stadt Ulm pendelt. In den Landkreis kommen jedoch nur 13.500 Einpendler.

Die Entwicklung der Arbeitsplatzdichte bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im ADK ist seit 1996 relativ konstant, zeigt jedoch deutliche Verschiebungen innerhalb der Wirtschaftsbereiche, wobei der produzierende Teil rückläufig ist (minus 17,5 Prozent), der Dienstleistungsbereich jedoch erheblich zugenommen hat (plus 31,6 Prozent). Die Veränderungen im Vergleich zu den Landeszahlen sind besonders dabei im Dienstleistungsbereich zu erkennen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1996/2006

		Gesamt	verarb. Gewerbe	Dienstleistungen
ADK	1996	43.229	27.272	15.957
	2006	43.880	22.494	20.997
	Veränderung	+ 1,5 Prozent	- 17,5 Prozent	+ 31,6 Prozent
Land	1996	3.697.295	1.792.671	1.904.624
	2006	3.741.117	1.534.939	2.179.399
	Veränderung	+ 1,2 Prozent	- 14,4 Prozent	+ 14,4 Prozent

Bewertung und Tendenzen

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen ist sowohl konjunkturell aber auch strukturell bedingt. Die Feinanalyse der einzelnen Jahreswerte zeigt, dass trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung die Zahl der Arbeitsplätze in der Summe nicht zugenommen, sondern nach den Spitzenwerten in den Jahren um 2000 eher kontinuierlich nachgelassen hat. Dabei traten strukturelle Änderungen deutlich zu Tage. Die Verluste im produzierenden Bereich wurden sowohl im Land als auch im ADK komplett vom Dienstleistungssektor aufgefangen, so dass es in der Summe zu einem leichten Anstieg der Gesamtbeschäftigtenzahlen kam.

Da die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eher zu stagnieren scheint, wird besonders die Anzahl geringfügig Beschäftigter die Entwicklung bei den Erwerbspersonen mitbestimmen. Dies wird wohl besonders im Dienstleistungsbereich seinen Niederschlag finden. Auch wird dabei eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren, von Frauen und von Personen mit Migrationshintergrund zu beobachten sein.

Im Gegensatz dazu werden die produzierenden Unternehmen weiter bei der Gesamtzahl der Beschäftigten einem Schrumpfungsprozess unterliegen, jedoch der Bedarf an qualifizierten und hochqualifizierten Mitarbeiter dürfte zunehmen.

Der Fachkräftemangel wird zu einem immer stärkeren Problem für die Wirtschaft. Er macht sich insbesondere in den stark boomenden Branchen bemerkbar, auf denen der wirtschaftliche Erfolg und der Wohlstand des Landes beruht: im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektrotechnik sowie bei unternehmensnahen Dienstleistungen.

Durch die demografische Entwicklung wird sich diese Problematik künftig noch verschärfen.

Im ADK und der ganzen Region Ulm wurden aufgrund einer Clusteruntersuchung der Firma Prognos besonders der Maschinen- und Fahrzeugbau als bedeutende Cluster (= Verbünde, Schwerpunkte von Unternehmen) herausgearbeitet. Der Maschinenbau ist nach den Angaben des Statistischen Landesamtes im ADK mit 4.600 Beschäftigten (2006) die beschäftigungsintensivste Branche.

Die Branchen im ADK sind stark differenziert. Der genannte Wert ist im landesweiten Vergleich eher als gering einzuschätzen (Beispiel: LK Esslingen 23.500 Maschinenbau-Beschäftigte). Trotzdem werden sich die betroffenen Unternehmen auch im ADK der Situation rechtzeitig durch geeignete Maßnahmen stellen müssen. Die Durchgängigkeit und Transparenz zwischen Schulen, Hochschulen und der Wirtschaft muss erhöht werden.

Fazit:

Die Konkurrenz der Regionen um Fachkräfte wird sich zuspitzen.

Handlungsempfehlungen

- Fachkräfteförderung.
- Verstärkung und ständige Anpassung der Aus- und Fortbildung.
- Erleichterung für die Zuwanderung von hoch qualifizierten Beschäftigten.
- Betriebliche und regionale Motivation von Fachkräften.
- Höherqualifizierung durch Hochschulen und Universität nutzen.
- Flächenangebot: Bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbeflächen (GE, GI, MI).
- Entstehung von Industrie- und Gewerbebrachen vermeiden/revitalisieren.
- Verbesserung der Datentransferangebote im ländlichen Raum.

Gewerbliche Existenzgründungen

Aktuelle Situation

Die Gründungsintensität im Kammerbezirk Ulm (Stadt Ulm, ADK, Landkreis Biberach) in den Jahren 2004 bis 2006 liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt Kammerbezirk Ulm 8,5 Gründungen je 1.000 EW; Baden-Württemberg 8,08). Dabei erreicht der ADK einen unterdurchschnittlichen Wert von 7,26.



Bewertung

Ursachen für die unterdurchschnittliche Gründungsintensität im Landkreis liegen unter anderem in der geringen Arbeitslosenquote im Landkreis, die unmittelbare Nähe zu Ulm, fehlenden Gründungseinrichtungen im Landkreis und Kooperationsprojekten der Hochschulen.

Fehlende Gründungen neuer Unternehmen oder die fehlende Bereitschaft, vorhandene Unternehmen zu übernehmen und weiter zu führen, kann langfristig bei der Substanz der regionalen Wirtschaft zu Problemen führen. Neben schwindender Wirtschaftskraft kann sich auch die Gesamtzahl der Beschäftigten verringern.

Die Ursachen für Unternehmensgründungen sind vielfältig. Sie entstehen über das Produkt, die Persönlichkeit des Gründers oder das wirtschaftliche und strukturelle Umfeld. In Zeiten von Vollbeschäftigung sind Gründungen eher rückläufig. Branchenspezifisch lässt sich das beispielsweise daran erken-

nen, dass etwa die Pharmazie und Biotechnologie innovative und gut ausgebildete junge Menschen benötigt, die wiederum für eine eigene Gründung nicht zur Verfügung stehen. Ähnliches ist auch strukturell zu erwarten, wenn immer weniger junge Menschen auf den Arbeitsmarkt kommen, die Unternehmen jedoch global und wirtschaftlich wachsen müssen und somit weitere gut ausgebildete Mitarbeiter benötigen. Dieses Defizit wird sich langfristig auch im Gründungsgeschehen niederschlagen.

Handlungsempfehlungen

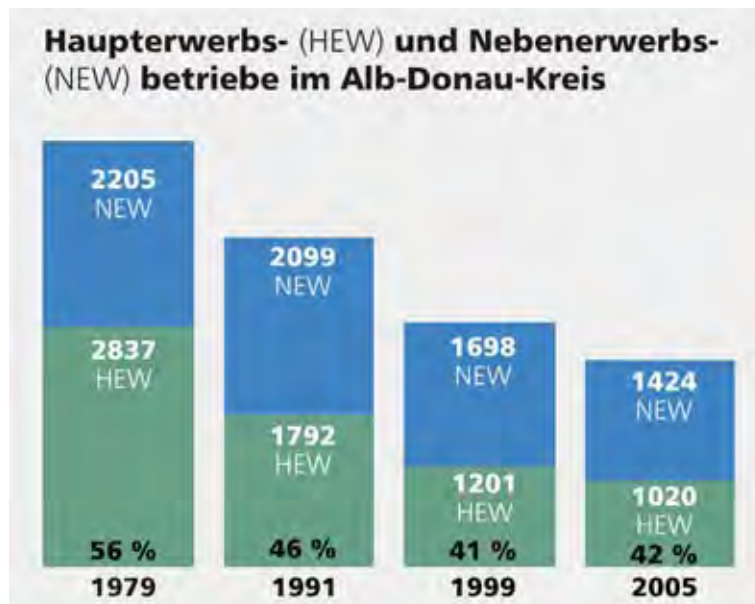
- Förderung von und enge Kooperation mit Gründer-einrichtungen, wie z.B. TFU GmbH, Projekte wie Campus an der Universität, den Hochschulen.
- Gründerfreundliche Einrichtungen wie Gewerbeflächen auf Mietbasis.
- Gründerbezogene Betreuungsangebote (Coaching, Seniorpartner).

Landwirtschaft

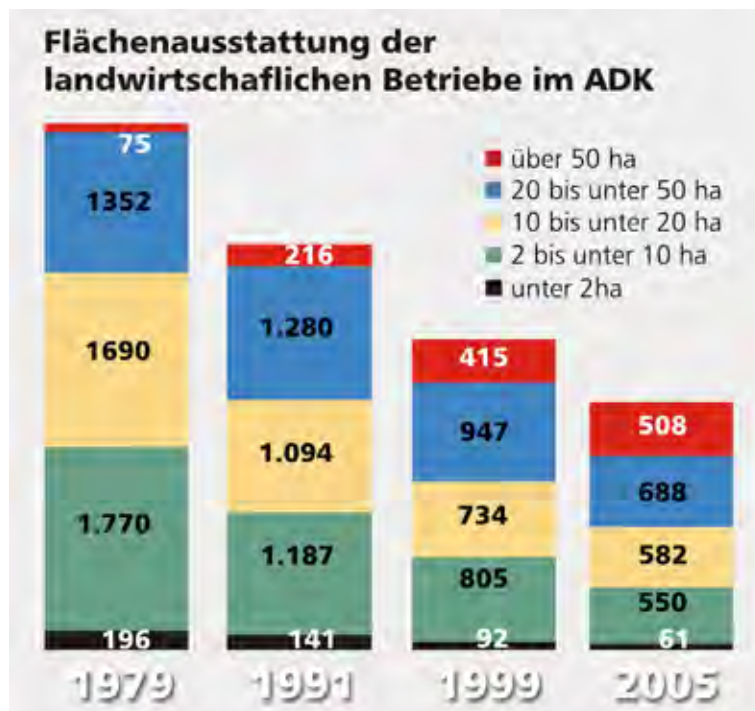
Aktuelle Situation

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe halbierte sich zwischen 1979 und 2005 von ca. 5.000 auf ca. 2.500 Betriebe. Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe ging von über 56 Prozent auf ca. 42 Prozent zurück. Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe liegt im ADK jedoch rund 5 Prozent über dem Landesdurchschnitt.

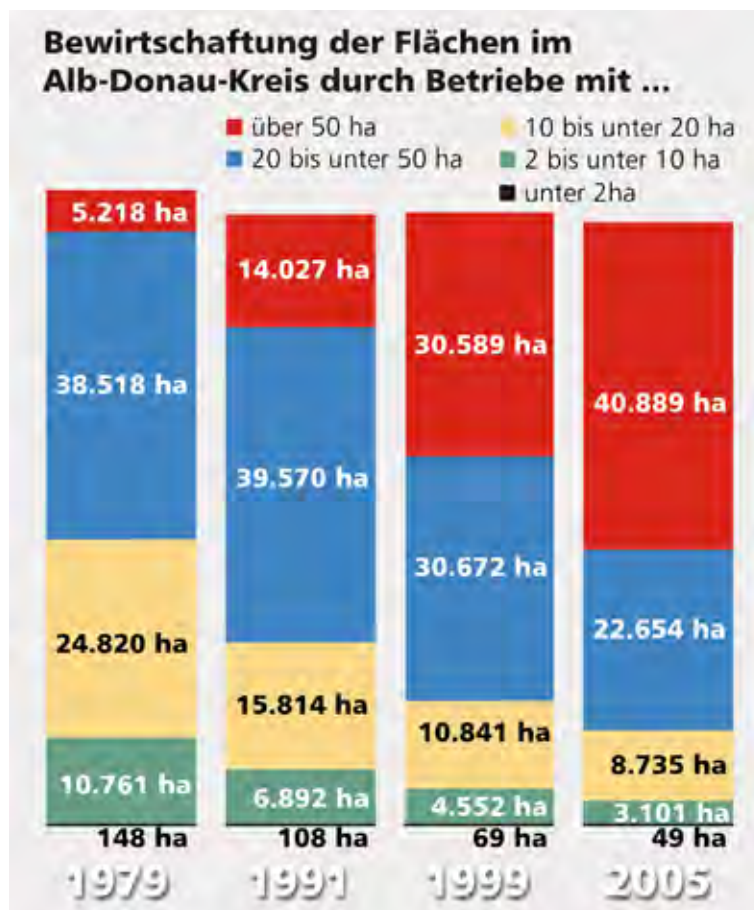
Auch die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten im ADK ist seit 1991 von ca. 5.600 auf ca. 3.000 Personen (2005) gesunken.



Die Anzahl der Betriebe mit einer Flächenausstattung unter 50 Hektar nahm zwischen 1979 und 2005 extrem ab. Nur bei Betrieben über 50 Hektar Fläche ist eine absolute Zunahme zu verzeichnen. Die kleineren Betriebe sind entweder in die nächst höhere Größenklasse aufgestiegen, haben aufgegeben oder ihre Flächen an Wachstumsbetriebe verpachtet. Dadurch beträgt der Pachtflächenanteil im Landesdurchschnitt inzwischen über 60 Prozent. Zukunftsfähige Betriebe bewirtschaften heute in der Regel mindestens 50 Hektar.



Der überwiegende Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche im ADK wird inzwischen von Betrieben mit über 50 Hektar bewirtschaftet. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich die Landbewirtschaftung zukünftig vermehrt in flächenstarken Betrieben konzentrieren wird.



Ausblick und Tendenzen

Der Rückgang der Betriebszahlen und der in der Landwirtschaft Beschäftigten wird sich weiter fortsetzen. Gleichzeitig werden in den verbleibenden Betrieben die bewirtschaftete Fläche und die Tierzahlen zunehmen. Die Wachstumsschwellen bei Flächenausstattung und Tierbesatz werden sich weiter erhöhen. Betriebe, die sich nicht vergrößern können, werden sich weiter spezialisieren oder alternative Einkommensquellen erschließen.

Das Tempo des Strukturwandels hängt wesentlich ab von:

- Standortsicherung und Entwicklungsmöglichkeit der Betriebe
- Qualifikation der Unternehmerfamilien
- Biologisch-technischem Fortschritt, zu dem neben der Technik auch die Züchtung und die Arbeitsorganisation (z.B. EDV-Einsatz) gehören
- Markt- und Preisentwicklung
- Agrarpolitische Rahmenbedingungen
- allgemeine Arbeitsmarktsituation (Angebot von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen).

Freizeit und Tourismus

Seit Jahren schon beschäftigt die Touristiker die Frage, welche Auswirkungen und Anforderungen durch den demografischen Wandel entstehen. Einige Destinationen (Urlaubs- und Zielgebiete) arbeiten an einem tragfähigen Zukunftsmanagement. Man muss sich darauf einstellen, dass die Gäste tendenziell immer älter und gesundheitliche Aspekte auch im Urlaub wichtiger werden. Das „Wellness“ der 90er-Jahre wandelt sich mehr zum „Medical Wellness“.

Auch ergibt sich eine Veränderung der individuellen Lebensläufe. Ab etwa 55 Jahren wird noch mal ein „zweiter Aufbruch“ gewagt. Erhöhtes Anspruchsdenken an Kommunikation, Marken und Qualität bestimmt schon heute die Diskussion um den Kunden von morgen. Heute schon steht fest, dass klassische Freizeiteinrichtungen ohne Anpassung an die sich drastisch verändernde Bedingungen die Verlierer sein werden. Gewinner werden ihre Kunden über die elektronischen Medien finden, da die junge Generation damit aufwächst.

Aktuelle Situation

Der Tourismus (ankommende Gäste, Übernachtungen, Tagesgäste) hat sich im ADK von einem vergleichsweise niedrigen Niveau aus überdurchschnittlich gut entwickelt. In den letzten 10 Jahren wuchs das Gästeaufkommen stark. So sind die Ankünfte um mehr als 80 Prozent und die Übernachtungen um mehr als 72 Prozent gestiegen. Die Anzahl der Übernachtungen etwa stieg in diesem Zeitraum von knapp 230.000 auf über 395.000. Das sind die höchsten Zuwachsraten aller benachbarten Landkreise.

Neue Themen wie Gesundheitsurlaub sind jedoch bei den überaus meisten Betrieben noch nicht angekommen. Auch ist im ADK eine Infrastruktur für diesen Anspruch nicht vorhanden bzw. entstanden (Heilquellen, Bäder ect).

Dagegen sind Gütesiegel wie der UNESCO GeoPark Schwäbische Alb sowie das neue Biosphärengebiet Schwäbische Alb Alleinstellungsmerkmale von höchster Bedeutung, um den Landkreis und seine Nachbarn zukünftig für Besucher und Urlauber besonders der älteren Generation zunehmend interessant zu machen.

Zunahme der Übernachtungen 1997 bis 2007

Ausgewählte Landkreise	Prozent	absolut
Alb-Donau-Kreis	+ 72,1	165.707
Biberach	+ 35,0	165.227
Sigmaringen	+ 46,5	157.444
Reutlingen	+ 9,0	78.736
Heidenheim	+ 23,6	31.899
Göppingen	+ 14,8	62.365
Schwäbische Alb	+ 24,2	838.000
Baden-Württemberg	+ 21,3	7,4 Millionen

Mobilität

Aktuelle Situation

Laut Prognose des Statistischen Landesamtes wird im ADK ein Zuwachs des Pkw-Bestandes für den Zeitraum 2006 bis 2025 um mehr als 20 Prozent erwartet. Das ist der zweithöchste Wert bei den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg. Die Bandbreite erstreckt sich von minus 9,5 Prozent (Heidelberg) bis plus 22,9 Prozent (Biberach). Der Durchschnittswert für Baden-Württemberg liegt bei plus 13,1 Prozent.



Jahresfahrleistungen aller Fahrzeuge im ADK (Millionen km)

Jahr	1990	2000	2004	2015 (Hochrechnung)
Fahrleistung	1.710	2.094	2.197	2.688

Bei den Jahresfahrleistungen hatte der ADK 2004 den vierthöchsten Wert aller Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg.

Bewertung

Die Kommunen in den ländlichen Räumen stehen vor immer größer werdenden Herausforderungen. Einerseits wird Mobilität seitens der Heranwachsenden (Schüler, Auszubildende), der Einwohner und Beschäftigten (Kaufverhalten, Arbeitsplatzangebote) sowie der älteren und alten Menschen (medizinische Versorgung, Kommunikationsverhalten) erwartet, andererseits belasten die weiter wohl überproportional steigenden Kosten (Benzin!) diesen Faktor nicht unerheblich. Trotzdem wird der Individualverkehr auch im ländlichen Raum weiter ansteigen und die heutige Straßeninfrastruktur noch weiter fordern. Denn auch der Güterverkehr wird nach Aussage verschiedener Studien zukünftig zunehmen. Gründe dafür sind die zu erwartenden steigenden Wirtschaftsleistungen, veränderte Produktions- und Logistikkabläufe, Ausdehnung des Warenhandels, Mautbedingungen, Internationalisierung.

So hat sich der Gesamtfahrzeugbestand im ADK in den letzten 30 Jahren mehr als verdoppelt (+ 133 Prozent), seit 1990 wuchs er allein um rund 39 Prozent.

Straßen

Aktuelle Situation

Seit Anfang 2005, im Zuge der Verwaltungsreform der Landesregierung, ist das Landratsamt zuständig für die Planung und den Bau von Kreisstraßen sowie die Unterhaltung des 1.000 Kilometer langen Netzes von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im ADK. Diese Aufgaben erledigt der Fachdienst Straßen mit seinen derzeit 9 Mitarbeitern in der Schillerstraße und ca. 95 Mitarbeitern auf den vier Straßenmeistereien in Ehingen, Langenau, Merklingen und Ulm.

Die Straßenmeistereien mit einem Anlagevermögen von geschätzten 7 Millionen Euro sind verantwortlich für die Verkehrssicherheit auf den Straßen im ADK. Dazu gehören 160 Kilometer Bundesstraßen, 380 Kilometer Landesstraßen und 460 Kilometer Kreisstraßen. Die Ausgaben für die Straßenunterhaltung betragen ca. 7,5 Millionen Euro pro Jahr.



Baumaßnahmen an Kreisstraßen: (Um- und Ausbau)

2005:	3,6 Millionen Euro
2006:	3,7 Millionen Euro
2007:	2,9 Millionen Euro
2008 (Plan):	2,6 Millionen Euro

Für die Planung und den Bau von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen ist das Regierungspräsidium Tübingen zuständig.

Ausblick und Tendenzen

Im ADK wird voraussichtlich trotz steigender Kraftstoffpreise auch in den nächsten Jahren der Verkehr weiter zunehmen – nach Prognosen des Statistischen Landesamtes bei den PKW bis 2025 um 20,4 Prozent (Landesdurchschnitt + 13,1 Prozent). Die gute Entwicklung von Unternehmen wie zum Beispiel Liebherr in Ehingen und der Zulieferverkehr zum Containerbahnhof im Ulmer Norden sorgen für einen zunehmenden Güterverkehr. Mit der Lage am europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn wird der Standort ADK/Ulm/Neu-Ulm für die Wirtschaft an Attraktivität gewinnen. Mit einer schnellen Zugverbindung nach Stuttgart wird die Region auch als Wohnort weiter an Attraktivität gewinnen. Die (zunehmend) ältere Bevölkerung hat Anteil an der Mobilität. Die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten verursacht zudem mehr Verkehr.

ÖPNV und Schülerbeförderung

Aktuelle Situation

- Die Zahl der Fahrgäste im Verbund DING stieg innerhalb der 10 Jahre seit Verbundgründung (1.1.1998) um insgesamt über 30 Prozent an und ermöglichte so eine Ausweitung des Angebots um etwa 15 Prozent. Der Nachfragezuwachs betrug in Folge des gebremsten Bevölkerungswachstums zuletzt nur noch plus 1,1 Prozent (2006).
- Seit dem Schuljahr 2006/2007 geht die Zahl der beförderten Schüler im ADK um jährlich etwa 1 Prozent zurück, besonders betroffen davon sind die Hauptschulen (minus 3 Prozent), an Gymnasien kann noch ein Anstieg der beförderten Schüler um plus 1 Prozent pro Jahr verzeichnet werden.
- Im Zuge der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte haben der Bund und das Land ihre ÖPNV-Zuschüsse teilweise um bis zu 12 Prozent in den letzten 3 bis 5 Jahren vermindert. Um diese Einnahmeverluste auszugleichen haben nahezu alle Verkehrsunternehmen und Verbände ihre Beförderungstarife überdurchschnittlich angehoben – im DING mit vergleichsweise moderaten Preisanpassungen von zuletzt 3 bis 4 Prozent jährlich. Der eingeschlagene Trend, hin zu einer verstärkten „Nutzerfinanzierung des Angebots“, wird sich noch verstärken.
- Dadurch werden die Kosten der Schülerbeförderung im ADK nach derzeitigem Stand um jährlich etwa 130.000 Euro ansteigen, trotz aktuell zurückgehender Schülerzahlen.

Ausblick und Tendenzen

Der begonnene Schülerrückgang wird sich bis 2015 zusehends beschleunigen; vor allem bei Grund- und Hauptschulen. Die geringeren Rückgänge an Realschulen und Gymnasien ergeben sich aus den jeweils ansteigenden Übergangsquoten nach der Grundschule. Auch nach 2015 wird ein überdurchschnittlicher Rückgang der Schülerzahlen – allerdings in nachlassender Dynamik – erwartet.

Damit vermindert sich die Zahl der Bus- und Bahn-Fahrgäste im ADK bis 2015 um rd. 2.000 Schüler/Tag. Dieser Trend wird insbesondere in dünner besiedelten Randlagen die Wirtschaftlichkeit zahlreicher Buslinien dramatisch verschlechtern, da hier die Schüler häufig über 90 Prozent der Fahrgäste stellen und im peripheren ländlichen Raum zudem überdurchschnittliche Bevölkerungsverluste erwartet werden. Man wird sich auf eine steigende Anzahl zuschussbedürftiger Busverbindungen einstellen müssen, wenn die Erreichbarkeit kleinerer bis mittlerer Ortschaften abseits der Achsen weiter sichergestellt werden soll.

Die erwarteten Reformen in der Schullandschaft (Zusammenfassung von Schulstandorten, anhaltender Trend zu höherwertigen Bildungsabschlüssen) führen zu längeren Fahrtwegen und dadurch zu höheren Kosten je Schüler. Derselbe Trend wird in abgeschwächter Form den allgemeinen ÖPNV treffen. Es ist mit einer Ausdünnung des Angebots insbesondere abseits der Verkehrsachsen zu rechnen.

Die zunehmende Zahl an Senioren wird qualitative Änderungen des ÖPNV wie

- Niederflureinstieg,
- größeres Sitzplatzangebot,
- größere Haltestellendichte,
- bessere Fahrgastinformation (Verfügbarkeit, Lesbarkeit, Verständlichkeit) und
- neue Ziele

fordern und am Markt erzwingen.

Diese Umstellungen sind mit zusätzlichen Kosten verbunden, die voraussichtlich über die Tarife allgemein umgelegt werden müssen. Der zunehmende Wettbewerb im ÖPNV (Öffnung des bisher abgeschotteten Markts durch die EU) wird diesen Preisdruck nur in geringem Umfang abfedern können.

Die steigende Mobilität der Senioren erfordert im Freizeitverkehr und im Innerortsverkehr (Anbindung seniorenrelevanter Infrastruktur) teilweise sogar eine Ausweitung des Fahrtenangebots.

